

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat...

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die sechsgealtene Kolonialzeit...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 30. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Räumung der italienischen Sturmstellungen am Isonzo.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 29. Juli. (W. T. V.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: Westlich und südlich von Mitau fand am 26. Juli ein Vorpottengefecht statt...

Bombenwürfe auf Warschau.

Lyon, 28. Juli. (W. T. V.) „Republican“ meldet aus Warschau: Ein deutsches Flugzeug überflog Warschau und warf mehrere Bomben ab...

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. Juli. (W. T. V.) (Amtlicher Bericht von Mittwochnachmittag.) In Artois, nördlich von Souchez, trieben die Deutschen nach einem starken Bombardement während der Nacht an drei verschiedenen Stellen mehrere Angriffe gegen unsere Stellungen vor...

Paris, 29. Juli. (W. T. V.) (Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend.) Im Laufe des Tages kein Zwischenfall auf der Front vom Meer bis zu den Vogesen.

Der Austausch der Schwerverwundeten.

Bern, 29. Juli. (W. T. V.) Heute ist der zweite deutsch-französische Schwerverwundeten austausch zum Abschluß gelangt. Von den deutschen Schwerverwundeten wurden in 7 Zügen rund 16 Offiziere und 700 Unteroffiziere und Soldaten nach Argentan

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Juli 1915, vormittags. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern schoß unsere Artillerie einen auf dem Furnes-Kanal liegenden Brahm in den Grund, auf dem ein schweres Schiffsgeschütz eingebaut war.

Westlich von Souchez wurde ein französischer Angriff abgewiesen.

Bei Givensh in den Argonnen und bei Bauquois sprengten wir mit Erfolg Minen, französische Sprengungen in der Champagne verliefen ergebnislos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Njemen ist die Lage unverändert. Nordöstlich von Suwalki, beiderseits der nach Oita führenden Bahn, besetzten unsere Truppen einen Teil der feindlichen Stellungen; sie machten dabei 2910 Gefangene und erbeuteten 2 Maschinengewehre.

Gestern und in der Nacht zu heute wiederholten die Russen ihre Angriffe gegen unsere Front südlich des Narew und südlich von Nasielsk. Alle Vorstöße scheiterten unter schweren feindlichen Verlusten.

Westlich von Nowo-Georgiewsk auf dem Südufer der Weichsel nahm eine halbe deutsche Kompagnie bei einem Ueberfall 128 Russen gefangen.

In der Gegend südwestlich Gora-Kalwarja versuchten die Russen vom 27. zum 28. nach Westen vorzudringen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage der deutschen Truppen ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. Juli. (W. T. V.) Amtlich wird veröffentlicht: 29. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

An der Grenze zwischen der Bukowina und Bessarabien überfielen kroatische Landwehr und ungarischer Landsturm eine stark abgebaute russische Stellung. Der Feind wurde vollständig überrascht und blüdete nach einem blutigen Handgemenge, das ihm 170 Tote kostete, auf feinen Verschanzungen.

Ostlich Kamionka-Strumilowa nahmen unsere Truppen einen Oberleutnant, sieben Offiziere und 500 Mann gefangen.

Bei Sokal wurden erneuert heftige Angriffe des Gegners zurückgewiesen.

Sonst ist die Lage an der Nordostfront unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstentländischen Front unternahm die Italiener nur am Plateaurand bei Sdrausina und bei Vermigliano erfolglose Vorstöße. Im Vorfeld des Brückenkopfes von Goerz räumte der Gegner seine Sturmstellungen und ging in jene Linie zurück, die er vor der Schlacht innehatte.

An der kärntner Grenze Artilleriekämpfe und Geplänkel.

Im Tiroler Grenzgebiet wurde ein feindliches Bataillon bei Marce im Erstsal zurückgeworfen, eine italienische Kompagnie im Gebiete der Trofana zerföhrt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

befördert, von französischen rund 90 Offiziere und 8400 Unteroffiziere und Soldaten nach Lyon. Außerdem wurden gegen 3000 französische Sanitätsmannschaften, worunter etwa 100 Offiziere, nach Frankreich und mehrere hundert deutsche Sanitätsmannschaften nach Deutschland zurückbefördert.

Die Gesamtverluste der englischen Streitkräfte

verteilen sich nach einer Meldung aus Rotterdam wie folgt: Marine bis 24. Juli: 515 Offiziere, 8491 Mannschaften; Streitkräfte in Frankreich bis zum 10. Juli: 11 254 Offiziere, 235 649 Mannschaften; in den Dardanellen einschließlich Marine: 2244 Offiziere, 47 094 Mannschaften; in Deutsch-Südwestafrika: 415 Offiziere, 5833 Mannschaften; zusammen 14 425 Offiziere und 316 567 Mannschaften.

Wilson's Regierungspolitik.

Die neueste „Lusitania“-Note Wilsons hat wieder, wie schon die frühere Note, in einem Teil der bürgerlichen Presse allerlei ethische Betrachtungen und Vorwürfe ausgelöst. Trotz alles Geredes über Realpolitik vermögen, wie es scheint, manche liberalen Politiker sich noch immer nicht daran zu gewöhnen, die Beziehungen zwischen den verchiedenen Staaten realpolitisch zu betrachten.

Die auf diese Weise Argumentierenden haben immer noch nicht begriffen, daß die Stellung der einzelnen Staaten zueinander nicht durch moralische Erwägungen oder Dankbarkeitsgeföhle bestimmt wird, sondern in allererster Linie durch die Uebereinstimmung und Gegenföhlichkeit der Interessen. Mit anderen Worten: die Interessen der herrschenden bzw. maßgebenden Volksklassen bestimmen die jeweilige Regierungspolitik — um so mehr, wenn die Regierung lediglich ein erwählter Verwaltungsausschuß dieser Schichten ist.

Was aber liegt zurzeit im Interesse der in den Vereinigten Staaten herrschenden Finanz-, Handels- und Industriebourgeoisie: die Begünstigung Deutschlands oder Englands? Diese Frage stellen, heißt sie beantworten. Sicherlich, den amerikanischen Munitions- und Nahrungsmittellieferanten wäre es ganz angenehm, wenn sie außer an England ihre Waren auch nach Deutschland liefern könnten; da aber Verschiffungen nach deutschen Häfen nicht möglich sind und der Konsum Deutschlands niemals jenen Wert erreichen würde, den der Export nach England, Frankreich, Italien erreicht hat, halten sie es mit dem Bierverband.

Und es sind keineswegs geringe Interessen, die dabei für die amerikanische Industrie und den Handel auf dem Spiele stehen. So hat beispielsweise England in den ersten sechs Monaten dieses Jahres für 420 Millionen Pfund Sterling an Waren aus dem Auslande bezogen gegen 376 Millionen Pfund Sterling in der ersten Hälfte des Jahres 1914. Dabei hat die englische Einfuhr von Fabrikaten und Rohstoffen enorm abgenommen, so daß der weitaus größte Teil des Imports auf Nahrungsmittel und Kriegsmaterial entfällt — meist aus Amerika. Tatsächlich macht denn auch die nordamerikanische Union infolge des Krieges ein Riesengeschäft. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres hat sie für 1423 Millionen Dollar Waren ausgeführt, in den gleichen Monaten des Jahres 1914 nur für 890 Millionen, und der Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt allein für die Zeit vom Januar bis Ende Mai 715 Millionen Dollar, mit Einschluß der fünf Monate vom August bis Dezember 1914 insgesamt 979 Millionen Dollar, das heißt ungefähr 4120 Millionen Mark. Und an diesen Lieferungen nach England und Frankreich wird etwas „verdient“, denn durchweg müssen beide Länder Freie zahlen, die um 30 bis 50 Proz. über dem sonstigen normalen Preisniveau stehen. Für Unkel Sam ein schöner Kriegserfolg, der sich noch ganz beträchtlich meh-

ren wird, sobald erst die Ablieferungen der riesigen Neubestellungen des Bierverbandes und die großen Getreideverfrachtungen nach England, Frankreich und Italien wieder beginnen.

Und nicht nur in solchem Unternehmer- und Handelsprofiß besteht der Gewinn, den die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Krieg in Europa ziehen; der Krieg schwächt zugleich den Londoner Geldmarkt und das englische Bankgeschäft, begünstigt das Aufsteigen New Yorks, gestattet der amerikanischen Bankfinanz als Geldgeber der südamerikanischen wie der europäischen Staaten aufzutreten, die amerikanischen Eisenbahnlinien aus England und Frankreich zurückzukaufen und in den Handelszentren Mittel- und Südamerikas Konkurrenz-Finanzbanken zu gründen.

So trägt der europäische Krieg der nordamerikanischen Bourgeoisie ohne kriegerische Anstrengungen größere Vorteile ein, als es die schönsten Siege auf blutigen Schlachtfeldern und nachfolgende reichliche Kriegsentwädigungen vermöchten. Welchen Anlaß hat sie also von ihrem Interessenstandpunkt aus, auf die Kriegslieferungen an den Bierverband zu verzichten oder ein schnelles Ende des Krieges herbei zu wünschen? Je länger der Krieg dauert, desto mehr steigert er Nordamerikas Uebergewicht über das finanziell geschwächte Europa, desto günstiger gestaltet sich die Position der Vereinigten Staaten für den später nach Kriegsende einsetzenden großen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt.

Das gilt freilich nur von einem Teil der amerikanischen Bourgeoisie; ein anderer Teil hat, da der Krieg die Preise für manche Lebensmittel, Roh- und Hilfsstoffe hochgetrieben hat, Schaden vom Kriege und möchte die früheren Produktions- und Absatzverhältnisse wieder hergestellt haben. Zu diesen Elementen gesellt sich ein Teil der Pflanzer und Farmer des Westens und namentlich des Südens, vornehmlich der Mississippistaaten, der alten traditionellen Anhänger der demokratischen Partei. Zwar ein Teil der Farmer des Westens hat ebenfalls gegen den Krieg, so lange er auf Europa beschränkt bleibt, nichts einzuwenden, denn er sichert ihnen den Absatz der von ihnen angebauten Getreidearten zu hohen Preisen; anders sieht es dagegen mit den Südstaaten, deren wirtschaftliche Existenz auf der Baumwollkultur beruht, die sich demnach vom Ruin bedroht sehen, wenn England weiterhin die Ausfuhr von Baumwolle nach dem europäischen Kontinent hindert. Nicht die Sympathie für Deutschland treibt sie, wie so oft erzählt wird, an die amerikanische Regierung die Forderung zu stellen, gegen England scharfer vorzugehen und die Freigabe des Baumwollhandels nach den europäischen Zentralstaaten zu erzwingen, sondern die Furcht vor der Vernichtung ihrer materiellen Existenz.

Ferner kommt zu diesen mit der jetzigen Wilsonschen Außenpolitik unzufriedenen Elementen ein großer Teil der Deutschamerikaner, die noch nicht völlig amerikanisiert sind und sich eine starke Anhänglichkeit an ihr einstiges Heimatland jenseits des Atlantischen Ozeans bewahrt haben, und schließlich ein nicht unbedeutender Teil der Irländer, die, durch die englische Gewaltpolitik von der grünen Insel vertrieben, England mit glühendem Haß verfolgen.

Und noch ein dritter Volkssteil mißbilligt die offene Parteinehmer für England: die handeltreibende Bevölkerung der Pazifikküste, die mit Besorgnis auf die Herrschaftsbestrebungen des mit England verbündeten Japan im nördlichen Stillen Ozean blickt und dort einen Zusammenstoß ihrer Interessen mit den englischen vorausieht.

Aus diesem Interessenswiderstreit erklärt sich auch Wilsons und Bryans Verhalten. Es ist nicht allein der jogen. Pazifismus, der Bryan zur Fronte gegen Wilson treibt, dem er erst bei der letzten Präsidentenwahl in den Sattel geholfen hat, sondern die Erkenntnis, daß Wilsons Parteinehmer für England die demokratische Partei der Union zerrütet und sie trotz aller günstigen Aussichten einer Niederlage bei der nächsten Wahl entgegenführt. So sucht denn Bryan die

demokratischen Elemente des Südens und Westens zusammenzufassen und diesen einen möglichst beträchtlichen Teil der bisher im republikanischen Lager verbliebenen Deutschamerikaner, Irländer und Pazifisten zuzuführen, um bei der nächsten Präsidentenwahl sich und seiner Anhängerchaft den Sieg zu sichern.

Ebenso wenig aber läßt Wilson sich bei seiner Außenpolitik von schönen philosophischen Theorien leiten. Er folgt, wenn auch noch etwas zögernd, den Wünschen und Forderungen der am Krieg wirtschaftlich aufs höchste interessierten Finanz-, Kriegsmateriallieferanten, Getreideexporteure usw. und rechnet damit, manche der einflussreichen Trustmagnaten und Großindustriellen, die bis jetzt die Stärke der republikanischen Partei bildeten, für seine Wiederwahl zu interessieren.

Wessen Aussichten die günstigeren sind, kann hier unerörtert bleiben, zumal auf die schließliche Entscheidung der weitere Verlauf des Völkerrkrieges und sein Einfluß auf das amerikanische Wirtschaftsleben von größter Bedeutung sein wird. Sehr angenehm ist die Stellung Wilsons, trotzdem die kapitalistische angloamerikanische Presse ihn als Verteidiger der amerikanischen Rechte gegen die deutschen Angriffe preist, jedoch keineswegs. Er ist schon heute der Gefangene der großkapitalistischen Kriegsinteressenten, die ihn in ihrem Sinne scharf zu machen und vorwärts zu schieben trachten. Folgt er diesem Drängen nicht und sucht er sich ihnen gegenüber eine gewisse Selbständigkeit zu wahren, werden sie ihm bald ihre Gunst entziehen; stellt er sich aber immer offener in ihren Dienst, so entfremdet er sich immer mehr der alt demokratischen Parteielemente, denen er seine Wahl zum Präsidenten der nordamerikanischen Republik verdankt. Sicherlich keine beneidenswerte Lage. S. C.

Der italienische Krieg. Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 29. Juli. (W. T. V.) Seeresbericht vom 28. Juli. In Kärnten verjagte der Feind, vom Rebel begünstigt, eine Aktion gegen unsere Stellungen am Passo del Cardiatore zwischen dem Monte Chiadensis und dem Monte Avanza; er wurde aber schnell zurückgeworfen. Dagegen griffen unsere Alpinabteilungen einige feindliche Schützengräben, die unseren Stellungen auf dem Kleinen Pal gegenüberliegen, an und eroberten den größten Teil von ihnen. Auf dem Karst wurde der gestrige Tag dazu verwendet, die wichtigen Stellungen, die in den vorhergehenden Tagen erobert worden sind, zu verstärken; immerhin wurden im Zentrum einige weitere bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Durch Säuberung einiger stark besetzter feindlicher Gräben wurde unsere Front verbessert. Nach späteren Feststellungen hat sich die Zahl der gefangenen feindlichen Offiziere vom 26. Juli auf 102 erhöht. Auf dem übrigen Teil der Front ist die Lage beinahe unverändert geblieben. Cadorna.

Der türkische Krieg.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Juli. (W. T. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der kaukasischen Front hatten unsere wiederholten Angriffe die russischen Kräfte, die mit Hilfe von Vanden versucht hatten, unserem rechten Flügel in den Rücken zu fallen, um das Kampffeld zu erweitern, unter Verlusten gegen Osten zurückgedrängt. Am 25. Juli warfen wir in einem Kampfe auf der Höhe Grehodo die Nachhut dieser Truppen weiter nach Osten zurück, machten über 300 Gefangene, darunter 7 Offiziere, und erbeuteten eine unbeschädigte Kanone und große Mengen Munition, zwei Munitionswagen und zahlreiche Waffen. Auf der Flucht geriet der Feind mit seinem rechten Flügel infolge eines Irrtums

in einen Kampf mit seinen herbeikomenden Verstärkungen. Unsere Artillerie beschloß ihn und brachte ihm weitere beträchtliche Verluste bei; er floh in Unordnung.

An der Dardanellenfront fand am 27. Juli auf beiden Seiten zeitweilig Geschütz- und Gewehrfeuer statt. Am 26. Juli wollten einige feindliche Torpedoboote die Küstengebiete bei Kerevizdere und unseren linken Flügel bei Sedd ul Bahr beschießen. Unsere Artillerie traf ein Torpedoboote, worauf die anderen das Feuer einstellten und sich entfernten. An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Russische Meldung vom Kaukasus.

Petersburg, 29. Juli. (W. T. V.) Amtlicher Bericht von der Kaukasusfront. Am 26. Juli fanden im Küstengebiet Artillerie- und Gewehrfeuer sowie gelungene Unternehmungen unserer Vorhut statt. In der Richtung von Olty, in der Gegend von Akha Artillerie- und Gewehrfeuer. In der Richtung von Rusch versammelten die Türken beträchtliche Streitkräfte, infolgedessen stellten unsere Truppen ihre Bewegung nach Westen ein und versammelten sich in vorher bezeichneten Stellungen. An der übrigen Front keinerlei Geschehen.

Zugegebener Verlust eines französischen U-Bootes.

Paris, 29. Juli. (W. T. V.) Eine Mitteilung des Marineministeriums besagt: Das französische Dardanellenschwader ist ohne direkte Nachricht von dem französischen U-Boot „Marianne“, das am 26. Juli vormittags in die Meerenge einfuhr, um im Marmarameere zu operieren. Türkische Telegramme melden, daß die „Marianne“ versenkt und ihre 31 Offiziere und Matrosen gefangen genommen worden seien.

Der Seekrieg. Vom U-Bootskrieg.

London, 28. Juli. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Lowestoft: Das Fischerfahrzeug „Westwardho“ ist in der Nordsee von einem U-Boot versenkt worden; die Besatzung landete in Lowestoft.

London, 28. Juli. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In Grimsby landete heute die Besatzung der norwegischen Bark „Sagnedalen“, die von einem deutschen U-Boot am Sonntag in Brand gesiegt worden war. Die Besatzung erhielt zehn Minuten Zeit, um das Schiff zu verlassen, und wurde dann von dem schwedischen Dampfer „Lofe“ aufgenommen.

London, 28. Juli. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ein deutsches U-Boot versenkte am Montag in der Nordsee den schwedischen Dampfer „Emma“ und die dänischen Schooner „Maria“, „Reptunus“ und „Sena“. Die Besatzungen sind heute in Bligh gelandet.

Am. des W. T. V.: Die Schiffe werden Danntware an Bord gehabt haben.

Ein deutscher Dampfer torpediert.

Osberg, 28. Juli. (W. T. V.) Nach dem Blatte Westjülands Sozialdemokrat ist gestern nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr der deutsche bewaffnete Fischdampfer „Senator von Veerndberg“ 5 bis 6 Meilen von der Küste nördlich vom Hornsrev-Feuerschiff von einem U-Boot, das wahrscheinlich der englischen Marine angehört, torpediert worden und gesunken. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 30 Mann. Ein Mann ertrank, drei wurden von dem U-Boot an Bord genommen, 26, darunter zwei Schwerverwundete, begaben sich im Rettungsboot nach Hornsrev-Feuerschiff. Nach einer Meldung von „Nibe Stittsibende“ wären von der Besatzung des Fischdampfers drei Mann ertrunken, drei vom U-Boot gerettet worden und 24, darunter drei Verwundete, an Bord des Hornsrev-Feuerschiffes gegangen.

Der Vorstoß in Kurland.

IV. Die Frontverschiebung östlich des Rjemen.

Linkowo, 23. Juli 1915.

Vor zehn Tagen begann der Druck der Deutschen gegen die russische Verteidigungslinie, die sich in der Hauptsache an dem Lauf der Dubissa und Windau (Wenia) anlehnte. Die festen Stützpunkte dieser Linie waren Kowno, Szawle, Alt-Auz und Mitau. Die jetzt von den Deutschen eingenommene Stellung erstreckt sich von Tultum bis Mitau, geht westlich von Bausk südlich und ist unmittelbar bis Kowno herangerückt worden. Nennlich heftigen Widerstand leisteten die Russen bei Alt-Auz und Szawle. Nur nördlichen Teil des Operationsabschnittes zog sich der Gegner in Eilmärschen, ohne energischen Widerstand zu leisten, auf Mitau zurück. Mehr Kraft sah hinter den Rückzuggefechten der russischen Truppen, die bei Alt-Auz zusammengezogen worden waren. Als die Stellung ausgegeben werden mußte, die Bahnverbindung mit Mitau von den Deutschen zerstört worden war, versuchten die Russen zunächst die große Reichstraße nördlich Szawle zu erreichen, um dann nach Mitau oder Kowno zu gelangen. Starke Nachhuten, vorwiegend mit Maschinengewehren ausgerüstet, hatten dabei die Aufgabe, die verfolgende deutsche Fußtruppe aufzuhalten, damit die größten Teile der russischen Kräfte mit den Fahrzeugen und Geschützen den rettenden Häfen zufliehen konnten. Dieselbe Taktik verfolgte schließlich auch die Besatzung der festungsartig ausgebauten Stellungen bei Szawle. Im Teil der von Alt-Auz zurückgehenden russischen Kräfte versuchte sie nördlich nach Kowno und nordöstlich über Bausk zu entkommen. Diese Rückzugstaktik der Russen möglichst unwirksam zu machen, war zunächst Aufgabe der Kavallerie, die dabei eine riesige Arbeit leistete. Sie wurde ihr durch den Umfang des Operationsgebietes und die Gestaltung des Geländes außerordentlich erschwert. In den Wäldern fanden die Verfolgten gut gedeckelte Verstecke, aus denen heraus einige Schützen und Maschinengewehre selbst starke angreifende Kräfte aufhalten konnten, deren Vormarsch weiter durch die von den Abziehenden zerstörten Brücken über die zahlreichen Flußläufe gehemmt wurde. Hinzu kam, daß für die vielen notwendigen Umgehungen, die den Verfolgten vor die Spitze oder in die Flanke des Gegners brachten, verhältnismäßig nur wenige Kavallerie und Artillerie zur Verfügung stand. Trotzdem gelang es, einem großen Teil der russischen Truppen den Rückzug abzuschneiden, ihnen Geschütze, Maschinengewehre und Fahrzeuge abzunehmen. Sehr zahlreich ist der Verlust der Russen an Toten und auch an Gefangenen, deren Zahl sich noch fortgesetzt durch die aus den Wäldern herauskommenden Versprengten erhöht. Besonders groß war die Beute in den Wäldern östlich von Szawle.

Am 20. fuhrten wir von Sojzumberge in der Richtung auf Weiten zu. Hier konnten wir jedoch die große Straße noch nicht erreichen. Starke russische Kräfte verteidigten gut angelegte

Stellungen, nachdem sie aus Groß-Wilgen herausgedrängt worden waren. Um ohne Aufenthalt an die östlich von Szawle abziehenden Russen heranzukommen, mußten Teile der über Groß-Wilgen vorstehenden deutschen Truppen südlich von diesem Ort über elende Landwege in der Richtung auf Janischki vorgehen. Spät am Abend wurde hier Quartier bezogen. Wir blieben auf dem großen Gut Sartunny. Das Gutshaus unterschied sich in seiner Einrichtung kaum von einem guten Bauernhaus. Ein Bündel Heu war unser Nachtlager. Um den riesengroßen Gutshof gruppieren sich ausgedehnte Stellungen und mehrere Wohnhäuser für die Gutsoffiziere und Arbeiter. Ein Teil der hier einquartierten Kavalleristen mußten mit ihren Pferden im Freien nächtigen. Jedoch die Ruhe war nur kurz. In frühester Morgenstunde ging es weiter, um den auf der Straße nach Pokron flüchtenden Russen den Weg zu verlegen. Das gelang auch. Die deutschen Truppen drangen bis Linkowo vor. Eine stürmische Nacht, Gewitter und Regenschauer waren den Russen insofern günstig, als es ihnen möglich war, mit Teilen ihrer eingeschlossenen Kräfte offene Rücken zu finden, durch die sie in der Richtung auf Bausk entweichen konnten. Dagegen blieben die von ihnen unternommenen Durchbruchversuche erfolglos. In der Frühe des 22. legte sich die Kavallerie bei Szadowa und Telichany den über Pokron vor den deutschen Truppen auf dem Rückzug befindlichen Russen in den Weg. Auch hier wurde der Versuch der Russen, in einem starken Vorstoß durchzubrechen, vollständig verhindert.

Von Johannowa aus waren Dr. Michaelis und ich der Truppe zu Fuß gefolgt. Die brüdenlose Ruscha und die Wege selbst ließen kein Auto durchkommen. Abends gingen wir zunächst über die Ruscha bei Babery zurück. Dabei hatte mein Kollege das Pferd, einer Viertelstunde lang mitten in dem Flußchen zu sitzen. Allerdings, hoch auf einem Bagagewagen thronend. Den Pferden kam es plötzlich in den Kopf, nicht weiter zu wollen. Kein Schmeicheln und Drohen half. Erst nachdem ein Heiner Polengaul, der ebenfalls hartnäckig seinen Wagen im Wasser stehen ließ, sich wieder in Bewegung gesetzt hatte, kam auch mein Kollege herüber.

Zwei Husaren brachten den ersten Trupp Gefangener. Einer Patrouille von 4 Mann hatten sie sich im Walde ergeben. Zwei Husaren blieben aus ihrem Beobachtungsposten zurück. Die Gefangenen sagten aus, daß seit drei Tagen die Verpflegung ausgeht habe, auch hätten sie keine Wäsche mehr erhalten. Der führende General habe den Mannschaften gesagt: „Wir sind eingeschlossen, sehe jeder, wie er durchkommt!“ — Nach kurzer Zeit kam noch ein Trupp von 250 Gefangenen, die dasselbe ausgingen. Die Leute sahen allerdings etwas strapaziert aus, waren aber sonst in guter körperlicher Verfassung und vorzüglich gekleidet. Anscheinend waren es Leute, die zu den in der letzten Zeit Eingezogenen und ins Feld Hinausgebrachten gehörten.

Im Dunkeln gehen wir die sieben Kilometer bis Johannowa zurück. Bei Pokron tobte noch der Kampf. Das Getöse der arbeitenden Kanonen und der unheimlich klackernd schnatternden Maschinengewehre erfüllt die Luft. Wesentlich hüfchen reichende Patrouillen durch die wogenden Kornfelder. In Johannowa treffen wir die 74 Gefangenen wieder; sie haben Brot bekommen,

auch Kaffee und dazu ein Schwein geschlachtet. Schmausend erfreuen sie sich der vor dem Tode schwebenden Gefangenschaft. Ein heiterer Zwischenfall mit stark satirischem Einschlag ereignet sich. Ein Leinwand ruft den Gefangenen zu: „Ihr seid wohl ärgerlich über eure Gefangenschaft!“ „Quatsch doch nicht!“ erwidert eine Stimme. „Wer war das?“ Ein Gefangener tritt vor, bittet um Entschuldigung; er habe geglaubt, einer aus der Mannschaft habe die Frage gestellt. Dann erzählt er: „Ich bin in Elberfeld geboren, kam früh nach Rußland, habe mich hier naturalisieren lassen und wurde russischer Soldat.“ — Am anderen Morgen in aller Herrgottsfrühe mußte die Kavallerie wieder hinter den flüchtenden Russen her. Reste ihrer Truppen suchten Bausk oder Kowno zu erreichen.

Wir fahren über Linkowo nach Pokron, riskieren es, durch die Ruscha zu fahren. So gestern mein Kollege auf dem Bagagewagen im Wasser sah, bleibt unser Bogen stehen und rührt sich nicht. Pferde holen ihn heraus. Das Bahrtiempo bestimmen allerdings die polnischen Wege, die manchmal viel, viel schlechter sind als das Ackerfeld. Man benutzt es mit Vergnügen, soweit Gräben und sonstige Hindernisse es erlauben. Das Schlachtfeld bei Pokron ist noch nicht vollständig aufgeräumt. Überall liegen tote Russen; ein schredlich trauriger Anblick. An einigen Stellen im Walde sind Bagagewagen zusammengefahren worden. Ausrüstungsgegenstände, Kleider, zerbrochene Möbel liegen weit zerstreut umher. Auf Wiesen und an Waldeinschnitten sieht man die erschreckten, betrübten, vielfach jammernden Einwohner, im Freien die kümmerlichen Reste ihrer Habe bewachend. 12 Kilometer vor Szawle versagt der Motor. Die Ursache ist wenig erbaulich: er hatte nichts mehr zu trinken! Woher nun Wenzin nehmen? Aus Szawle holen. Einen anderen Rat gibt es nicht. Ein kleiner Wagen wird requiriert, die Wenzinkanen darauf, und dann los! Ein Mann begleitet den Wagen. Mein Kollege und ich schreiten munter hinterher. Gegen 410 Uhr kommen wir in Szawle an. Nach einigen Umständen haben wir Wenzin erobert; das Bäckchen fährt eine Stunde später wieder mit dem Motorfutter zurück. Dann schaue ich mich etwas in Szawle um. Wie hat sich das Städtchen verändert...

Nur noch kümmerliche Reste von Szawle sind vorhanden; kaum ein Viertel der Häuser hat der Kriegsbrand verschont. Alles andere liegt in Schutt und Asche. Das Hotel, in dem ich am 30. Mai logierte, das Gymnasium, eine Anzahl der anderen großen Gebäude, die damals noch unverfehrt standen: nur fahle schwarze Mauern sind davon jetzt noch vorhanden. Auch die polnische Kirche hat bei den letzten Stürmen gelitten. Es ist unheimlich still: kein Mensch auf der Straße. — Nun wird es laut, lebendig. Irrendem Hund hat angeschlagen. Aus Hunderten von Brandstellen ertönt jetzt Hundegebell. Der vierbeinige freiwillige Polizist bewacht noch die Ruine von dem Besiß seines Herrn! All die Schutthäufen, die schwarzen Mauerreste, das Hundengebell in der Stille und Dunkelheit wirken unheimlich schauerlich. Gegen 2 Uhr kommt das Auto an; um 8 Uhr liegen wir zur Abwechslung wieder mal auf einer Matratze in einem selbstgekauften Quartier: in einer verlassenem Villa.

Zur Abwehr der U-Boote.

New York, 29. Juli. (W. T. W.) Die Smith Boat an Engine Company erhielt von den Regierungen der Alliierten den Auftrag, Vorschläge für starke und geschwinde Motorboote zu unterbreiten, die zwei oder mehr leichte Kanonen tragen können und zur Jagd auf deutsche Unterseeboote verwendet werden sollen. England will eine Flotte von hundert, Rußland von dreißig bis vierzig solcher Boote einstellen. Die Boote werden imstande sein, fünfzig Meilen in der Stunde zu fahren.

Eine angebliche Aeußerung Roosevelts.

Paris, 28. Juli. (W. T. W.) „Petit Parisien“ meldet aus New York: Als Roosevelt von der Expedition des Dampfers „Leelanaw“ erfuhr, rief er aus: Dies ist eine schreckliche Beleidigung. Dies ist die Frage, in die uns die Politik des Friedens um jeden Preis geführt hat. Welcher Amerikaner, der eine Ungeheueren Klut in den Aern hat, wird nicht die von Deutschland gewollte Beleidigung fühlen, die durch die völlige Widersinnigkeit des letzten Angriffes noch erschwert wurde.

(Anmerkung der Redaktion des W. T. W.: Von Beleidigung kann keine Rede sein, da nicht der geringste Grund zur Beschwerde vorliegt. Das Schiff hatte Bananen an Bord und wurde deshalb versenkt. Von der Besatzung ist niemand umgekommen.)

Der Krieg und die Kolonien.

Die englischen Verluste bei Tanga.

London, 29. Juli. (W. T. W.) In der Unterhausung am 27. Juli erklärte der Unterstaatssekretär des Kriegsamtts Tennant auf eine Anfrage, die Verluste bei den Kämpfen bei Tanga im November hätten 66 Offiziere, 110 weiße Soldaten und 623 Indier betragen.

Zur Lage der Kriegsgefangenen in Frankreich

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Im Auftrage seiner Regierung hat der Militärattaché der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika auch die Kriegsgefangenenlager in Ronlucon, Auxillac, Toulouse, Cete, Romans, St. Etienne und St. Lambert besucht und in sämtlichen Lagern viele der Gefangenen, besonders aber die Unteroffiziere auf Französisch und Englisch ausgefragt. Alle ohne Ausnahme erzählten von der freundlichen Behandlung, die ihnen von den sie überwachenden Offizieren zuteil wird. Nach seiner Beobachtung leben die Gefangenen in denselben Verhältnissen wie die französischen Soldaten, ja in verschiedenen Lagern stehen sie sich in Bezug auf Betten, Heizung und Bequemlichkeit im allgemeinen besser als die französischen Soldaten in einigen Lazaretten für Leichtverletzte und Verwundete, die er vergangenes Winter in der Nähe von Paris besucht hat. Es wurde im adarmen und in der Hauptsache darüber gesagt, daß die Disposition für den Tag auf 125 Gramm herabgesetzt worden sei und zweimal in der Woche durch Stockfisch ersetzt würde; ferner, daß der Briefwechsel der Gefangenen auf eine Viskarte in der Woche beschränkt worden sei, an deren Stelle einmal im Monat ein vier Seiten langer Brief erlaubt werde, und daß es ihnen nicht gestattet werde, irgendeine Zeitung zu erhalten. Diese Maßnahmen seien von den französischen Behörden ergriffen worden, weil den französischen Kriegsgefangenen in Deutschland dieselben Beschränkungen auferlegt worden seien sollen. Der Bericht des Militärattachés lautet über sämtliche Lager günstig, mit Ausnahme von einigen Mängeln im Lager von Saint-Etienne. Diese Mängel sind aber bereits von der Botschaft der zuständigen französischen Behörde zur Kenntnisnahme gebracht worden, die eine unverzügliche Untersuchung der Angelegenheit mit der Aussicht auf Besserung in die Wege leiten will.

Asquith über die Kriegslage.

London, 29. Juli. (W. T. W.) Unterhaus. Bei seiner Begründung des Antrages auf Vertagung des Hauses gab Asquith einen allgemeinen Ueberblick über die Lage. Er sagte, seiner Ansicht nach würde der Krieg wenigstens für einige Zeit eine Frage der Ausdauer sein. England wäre undankbar, wenn es nicht die heillosen tapferen Bemühungen der Russen anerkennt, die eindringende Blut aufzubalten und seine Stellungen unverehrt zu bewahren. (Lauter Beifall.) Er finde in der ganzen militärischen Geschichte kein großartigeres Beispiel von Disziplin und Ausdauer, als das von der russischen Armee während der letzten sieben Wochen gegebenes. Ueber Italien sagte der Ministerpräsident unter dem Beifall des Hauses, er erkenne mit größter Befriedigung und Genugung an, wie dieser neue Verbündete durch umsichtige Bewegungen stetig Boden gewinne und sich den Weg vorwärts zum Ziele bahne, das er wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit erreichen werde. In Frankreich habe es seit dem Beginn des Krieges keinen Zeitpunkt gegeben, in dem die beiden Armeen von einer vollkommeneren Brüderlichkeit befeelt und siegesgewisser waren als jetzt. Ueber die Flotte brauche er nur zu sagen, daß sie so stark und noch stärker sei als zu Beginn des Krieges und daß die Unterseebootsblockade ihr keinen ernstlichen verhängnisvollen Schaden zugefügt habe. Die Meere seien frei. Großbritannien erhalte Lebensmittel; gutes Rohmaterial ströme in derselben Fülle und mit derselben Freiheit und, wenn man aus den Versicherungen der Schiffe ziehen dürfte, mit ebensowenig ernstlichem Risiko zu wie in Friedenszeiten. (Beifall.) Die Rekrutierung gehe unvermindert vorwärts. Der Zustand sei höchst befriedigend. Die letzten Berichte gehörten zu den besten, die seit langer Zeit eingelaufen seien. (Beifall.) Lloyd George dem geschulte Ratgeber beistanden, habe die industrielle Produktion der für eine kräftige Fortführung des Krieges notwendigen Dinge auf einer Grundlage organisiert, wie man sie nie erträumt hätte, und die den Bedürfnissen Großbritanniens reichlich genügen würde. Aber das Land müsse davor gewarnt werden, zu glauben, daß es keine nationale Pflicht schon erfüllt habe, wenn die Armee genug Rekruten bekomme und die verschiedenen Industrien die Munition herstellten, genug Leute hätten. Großbritannien solle nicht nur die Aufgabe zu, die Freiheit der Meere zu erhalten und große Kontingente gut ausgerüsteter Soldaten auf die Schlachtfelder zu senden, sondern auch zu einem großen Teile die Kriegführung zu finanzieren. Wir könnten das nicht leisten, ohne alle unsere Industrien zu organisieren. Asquith betonte die Notwendigkeit, den Goldzufluß zu vermehren, um die Zahlungen nach dem Auslande leisten zu können. Er verglich die Lage mit der vor einem Jahre. Gebe es eine größere Verleumdung als die, daß die Nation im Mutterlande und über See sich ihrer großen Aufgabe nicht gezeigt hätte? Doch größere Verleumdung wäre es, zu behaupten, daß die tapferen Verbündeten den Anteil Großbritanniens an dem schließlich triumphalen nicht würdigten. Der Premierminister schloß: Laßt uns mit derselben Energie und Entschlossenheit, die uns während der letzten zwölf Monate befeelt hat, hartnäckig auf den unausbleiblich siegreichen Ausgang hinarbeiten. (Anhaltender Beifall.)

Finanz- und Internierungsfragen im Unterhause.

London, 29. Juli. (W. T. W.) Unterhaus vom 27. Juli. McNeill fragte, ob dem Schatzkanzler bekannt sei, daß Reisende, die nach dem Festland gingen, ungehindert soviel Gold mitnehmen könnten, wie sie wollten, und daß Boulogne voll von deutschen Agenten sei, welche Goldstücke sammelten; ob er die Goldausfuhr durch Reisende verbieten wolle. McKenna antwortete, er wolle die freie Goldausfuhr im Handelsverkehr nicht behindern, da er für die Erhaltung des Kredites und der auswärtigen Wechselkurse von Bedeutung sei; er beabsichtige aber, eine strengere Unterbindung der Reisenden vornehmen zu lassen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn alle Reisenden vor der Abreise sich festländisches Geld einwechselten. Bald nach Ausbruch des Krieges sei Anweisung gegeben worden, möglichst alle Löhne und sonstige Zahlungen in Noten und in Silber zu zahlen; er erwäge weitere Maßnahmen, um den inneren Goldumlauf zu vermindern. Der Staatssekretär des Innern Sir John Simon erwiderte auf eine Anfrage, daß 14 000 Gulden um Verteilung von der Internierung eingegangen seien; die meisten davon Befreiten seien Polen, Tschechen, Italiener und Estländer. Im ganzen seien 7325 Gulden abgeholt und 6082 bewilligt worden. Seit Beginn des neuen Verfahrens seien 6802 Personen heimgelandt und 9885 interniert worden, 6000 blieben noch zu internieren, was bis Ende August geschehen sein würde, wöchentlich würden etwa 1000 interniert.

Englischer Armeelieferungskandal.

London, 29. Juli. (W. T. W.) Das militärische Untersuchungsgericht hat schlimme Durchstechereien bei dem British Empire Battalion festgestellt, das von dem British Empire Committee errichtet worden ist. Die Mitglieder dieses Komitees erhielten Lieferungskaufträge, wobei arge Mißbräuche vorkamen. Die Kontrakte wurden erneuert, obwohl der Skandal bereits ruhmbar war. Das Verhalten des Oberleutnants Bowden, des des Battalion führte, wurde vom Gericht ernst getadelt. Bowden, der Unterhausmitglied ist, versuchte sich in der Sitzung am 27. Juli zu rechtfertigen, was allgemeines Erlaunen hervorrief und ihm den Rat von anderen Abgeordneten eintrug, sein Mandat niederzulegen.

Dauerziehung der Duma?

„Nietich“ hofft, daß die Duma dauernd tagen werde, um als moralische Stütze der Bevölkerung zu dienen.

Die „nationale Verteidigung“ in Rußland.

Petersburg, 29. Juli. (W. T. W.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Ministerrat stimmte der Einbringung eines Gesetzes in die Duma zu, durch das ein besonderer Beratungsausschuß für die Vereinheitlichung der Maßnahmen zur nationalen Verteidigung eingesetzt werden soll.

Die russischen Stadtverwaltungen gegen die Lebensmittelnot.

Kopenhagen, 29. Juli. (W. T. W.) In Moskau soll vom 24.—28. Juli ein Kongreß des Städtebundes zur Beratung über die Bekämpfung der Lebensmittelnot stattfinden, die in manchen Städten außerordentlich scharf auftritt und für die ärmeren Schichten unerträglich geworden ist. Bei ihren Bemühungen um Linderung der Not stießen die einzelnen vorgehenden Stadtverwaltungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten: sie litten unter beständigem Geldmangel und hatten fortgesetzt Schwierigkeiten durch Regierungsmassnahmen. Die besten Lebensmittel kamen häufig zu spät oder überdies an und mußten mit Verlusten losgeschlagen werden. Sie konnten auch wegen der Ausfuhrverbote in einigen Gouvernements nicht an denjenigen Stellen eingekauft werden, wo sie am billigsten waren. Häufig wurden die angeschafften Vorräte von der Militärbehörde requiriert. Hinzu kam, daß in den Stadtverwaltungen selbst häufig starker Widerstand gegen soziale Maßnahmen auftrat. Deshalb soll jetzt in ganz Rußland eine Gesamtorganisation der Städte geschaffen werden.

Protestkundgebung gegen Judenverfolgung

Das Zentralkomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands („Dund“) veröffentlicht eine Erklärung, die von illegalen Arbeiterveranstaltungen als Resolution angenommen wird. In Warschau haben für diese Resolution 800 Arbeiter gestimmt. Wir entnehmen ihr:

„Der Krieg hat die gewöhnliche antisemitische Pogrompolitik der russischen Regierung nicht nur ungeschwächt gelassen, sondern sie im Gegenteil noch gestärkt. In dieser Zeit, wo das Land die größten Erschütterungen erlebt, fährt die Regierung fort, gleichzeitig mit der Verleumdung der Presse von „der Befreiung der Völker“ die Völker zu unterdrücken, indem sie dem jüdischen Volke mit der unmittelbaren physischen Ausrottung droht.

Wie früher, so sind auch jetzt die Juden der Sündenbock, an dem die russische Regierung ihre eigene Unfähigkeit und Westlichkeit, die ganze Fäulnis des zarischen Regimes rächt. . . Wir jüdischen Sozialdemokraten erachten es als unsere Pflicht, die Grausamkeiten der Verfolgung, denen die Juden ausgesetzt sind, vor aller Welt laut zu bekunden. Wir fordern alle zum Proteste heraus, alle, die ihr politisches Gewissen nicht verloren haben, die die Gefahr begreifen, welche nicht nur den Juden, sondern ganz Rußland von Seiten eines Häufleins von Gewalttätern droht, die die Millionenmassen der russischen Soldaten in wilde Horden verwandeln wollen. . .

Wir wenden uns weiter an das internationale Proletariat, dessen Pflicht es ist, vor aller Welt die Gewalttaten zu enttuschen, denen die jüdische Bevölkerung ausgesetzt ist. Von ihnen, den Proletariern der Verbündeten Rußlands, fordern wir, daß sie ihre Regierungen zum Protest gegen die blutigen Wildheiten ihres „Verbündeten“ drängen.

Wir wenden uns mit unserem Aufruf schließlich an die Sozialisten der neutralen Länder Europas und Amerikas. In diesen Ländern sucht der Faschismus für sich Sympathien und Entgegenkommen zu gewinnen. Die Sozialisten der neutralen Staaten sind verpflichtet, ihre proletarische Schuldigkeit zu tun, damit der Faschismus auch in ihrer Heimat die Aufnahme erhält, die er sich mit seinen verbrecherischen Taten vorbereitet hat.“

Russischer Druck auf Serbien.

Sofia, 29. Juli. (W. T. W.) Einer Blättermeldung zufolge ist der russische Gesandte Fürst Trubekoj beauftragt, bei Pashitch und dem serbischen Thronfolger Alexander im Namen des russischen Kaisers energische Vorstellungen zu erheben, daß Serbien unverzüglich die nichtstrittige Zone Wagadoniens an Bulgarien abtrete. Trotzdem sei es zweifellos, daß auch dieser Schritt Rußlands an der serbischen Unversöhnlichkeit scheitern werde.

Vor dem türkisch-italienischen Krieg.

Rom, 29. Juli. (W. T. W.) Zu dem Verbot, durch das in Syrien wohnhafte Italiener sich nicht in Mesina einschiffen dürfen, um nach Italien zurückzukehren, erhalten römische Blätter aus Dularest folgende Nachricht: Aus Konstantinopel erfährt man, daß

die türkische Regierung auf die Vorstellungen des italienischen Vot-schafters Garotti hin das Verbot der Abreise der Italiener aus Mesina aus militärischen Gründen weiter aufrechterhält. Der römische Korrespondent der Turiner „Stampa“ teilt dazu mit, man sei in römischen Regierungskreisen der Ansicht, daß der Augenblick gekommen sei, sich zu entscheiden. Man glaubt, daß in den nächsten Tagen der Ministerrat zusammengetreten wird, um die peinliche Lage, in die Italien durch die Türkei gebracht wurde, zu lösen.

Für die obligatorische Krankenversicherung in Italien.

Aus Italien wird uns geschrieben:

Das Zentralorgan des Verbandes der italienischen Kooperativen, „Cooperazione Italiana“ weist in einem Artikel auf die dringende Notwendigkeit hin, die in Oesterreich geltenden Versicherungs-gesetze, namentlich die über die Krankenversicherung, in den jetzt von den italienischen Truppen besetzten Ortschaften fortzuführen. Es liegt auf der Hand, daß ein Rückschritt auf diesem Gebiet von der Bevölkerung mit Unwillen aufgenommen werden würde. In Italien gibt es keine obligatorische Krankenversicherung; die einzige Form obligatorischer Arbeiterversicherung ist die gegen Betriebsunfälle. Das Blatt hebt hervor, daß die Regierung bereits den Einwohnern des von italienischen Truppen besetzten Gebietes die Unterstüzungen für die Einberufenen in der Höhe weiterbezahlt, in der sie von der österreichischen Regierung verabsolgt wurden, also in einem die italienischen Unterstüzungen weit übersteigenden Maße. Dieser selbst Gedanke müsse die italienische Regierung zur Uebernahme und Fortführung der Distriktkrankenkassen veranlassen.

Gegen den Doppelbezug der Gehälter.

Aus Italien wird uns geschrieben:

Ein Dekret des Regenten setzt fest, daß die Beamten, die als Offiziere oder mit Offiziersrang an dem Feldzug teilnehmen, nicht gleichzeitig ihr volles Gehalt und ihre Offizierslöhnung beziehen dürfen, sondern auf das Gehalt Anspruch haben, das das höhere ist. Dasselbe gilt für die Mitglieder des Roten Kreuzes. Die Beamten, die als gemeine Soldaten eingezogen sind, beziehen ihr Zivilgehalt weiter. Das Dekret bezieht sich nicht auf die Angestellten der Gemeinden und Provinzen, wird aber ohne Zweifel in der Folge auch auf diese ausgedehnt werden. Die Maßnahme entspricht einem in der Presse wiederholt laut gewordenen Wunsche, da man es als ungerne empfand, daß in so schweren Zeiten die Staatsangestellten, soweit sie Reserveoffiziere sind, ihr Gehalt um die hohe Kriegslohnung vermehren sollten.

Die Landsturmdienstpflicht in Holland.

In später Abendstunde des 28. Juli hat die Zweite Kammer der Vorlage zur Landsturmpflicht aller wehrfähigen Männer vom 20. bis 30. Lebensjahre zugestimmt. Vorher aber wurde die Vorlage noch einigen sehr wesentlichen Abschwächungen unterzogen, welche die Presse wohl mit Recht der gegen die Vorlage gerichteten Agitation zuschreibt. Einmal ist die Dienstpflicht, die in der ursprünglichen Vorlage bis zum 40. Lebensjahre ging, bis zum 30. zurückgeführt. Sodann hat der Minister ausdrücklich zugesagt, 1. daß die ein-zubersenden neuen Landsturmmänner nur vier Monate zu üben haben und dann der Armee einberleibt werden, 2. daß für jeden so ausgebildeten Landsturmmann einer der jetzt schon bereits seit einem Jahre mobilisierten Landwehrrmänner, und zwar die ältesten Jahrgänge zuerst, nach Hause geschickt wird. Bei der mündlichen Beratung ist dann noch ein Amendement angenommen worden, nach welchem nach dem Kriege jede Dienstpflicht für die Landsturmmänner ausdrücklich aufhört. Und schließlich hat der Minister sich noch darin fügen müssen, daß nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, die Erweiterung der Armeeerwerb, sondern die Ablösung der jetzt mobilisierten Landwehr als der Zweck des Gesetzes genannt wird. Obwohl dadurch der Vorlage mancher Giftzahn ausgezogen war, hat trotzdem die sozialdemokratische Fraktion gegen die Vorlage gestimmt, die sie prinzipiell als schädlich betrachtet.

Kriegsbekanntmachungen.

Meldepflicht für unverspinnene Schafwolle.

Amlich, Berlin, 29. Juli. (W. T. W.) Erneut wird darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung vom 1. 6. 1915 Z. 1/6. 15 A. A. die Bestände an unverspinnener Schafwolle vom Besitzer und Lagerhalter allmonatlich bis zum zehnten Monatsstage dem Stoffmeldeamt (früher Volksgewerbemeldeamt) der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums Berlin SW 48, verlängerte Hedemannstr. 11, zu melden sind. Meldepflichtig ist der am jeweiligen Monatsletzen vorhandene Bestand. Unterlassung der Meldung zieht Gefängnis- oder Geldstrafen nach sich; auch können die Vorräte für dem Staate verfallen erklärt werden. Vorschriften-mäßige Meldeheine sind in allen Postämtern 1. und 2. Klasse erhältlich.

Letzte Nachrichten.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Juli. (W. T. W.) Das Hauptquartier teilt mit: Auf der kaukasischen Front verfolgen wir energisch die Reste des auf der Höhe von Grebudo geschlagenen Feindes. Wir erbeuteten eine Menge Munition und Proviant, die der Feind auf der Straße zurückgelassen hatte, und machten zahlreiche versprengte Russen zu Gefangenen.

Auf der Front der Dardanellen fand am 28. Juli zeitweilig ein schwaches gegenseitiges Infanterie- und Artilleriefeuer statt. In der Nacht zum 28. Juli überraschte eine von unserem rechten Flügel aus vorgeschickte Aufklärungs-kolonie ein feindliches Grabenstück und erbeutete zahlreiche Gewehre und viel Proviantmaterial.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Vom U-Bootskriege.

Grimby, 29. Juli. (W. T. W.) Der Fischdampfer „Dove“ ist von einem deutschen Unterseeboot in der Nordsee versenkt worden. Man glaubt, daß die Besatzung von neun Mann er-trunken ist.

Lloyd George und die Gewerkschaften.

London, 29. Juli. (W. T. W.) Lloyd George sagte im Unterhause: Es seien beinahe 100 000 Personen für die Munitionserzeugung eingeschrieben, aber nur ein Fünftel davon sei frei. Die anderen seien bereits mit Regierungsarbeit beschäftigt. Die Arbeiter, die sich wie früher an die Gewerkschaftsregeln hielten, verminderten die Produktion um 25 Proz. Man würde mehr erreichen können, wenn die Regeln abgeschafft würden.

Die Vorzensur über die „Mainzer Volkszeitung“ aufgehoben. Mainz, 29. Juli. (T. U.) Die am 17. Juli vom Gouverneur über die sozialdemokratische „Mainzer Volkszeitung“ verhängte Vorzensur ist wieder aufgehoben worden.

Aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in einer Sonderbeilage Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Auswärtigen in Brüssel aus den Jahren 1905—1914. Sie bemerkt dazu:

Die Archive der belgischen Regierung haben bereits verschiedene Dokumente von geschichtlicher Bedeutung zutage gefördert. Erneute Nachforschungen haben zum Auffinden weiteren wertvollen Materials, nämlich der Berichte der belgischen Gesandten im Auslande an die belgische Regierung geführt. Die Instruktionen an die Gesandten sind nicht aufgefunden worden. Die belgische Regierung scheint sie mit sich fortgeführt zu haben, ebenso wie die auf die belgische Neutralität bezüglichen Passivale. Die aufgefundenen geschichtlichen Berichte bieten ein ungewöhnliches Interesse als Quellenmaterial für die Vorgeschichte des Krieges. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie geschrieben sind von den Vertretern eines Staates, der an der großen Weltpolitik nur mittelbar, sozusagen nur als Zuschauer beteiligt war. Die Berichte können daher den Anspruch erheben, als eine objektive diplomatische Darstellung der internationalen Politik vor dem Kriegsausbruch zu gelten. Zieht man die Sympathien des ganz dem französischen Einfluß verfallenen belgischen Volkes für die Bestmächte in Betracht, Sympathien, die ihren Ausdruck fanden in der feindseligen Haltung, die die gesamte belgische Presse Deutschland gegenüber stets eingenommen hat, so ist es um so bemerkenswerter, daß die Berichterstattung der belgischen Gesandten ein Anlagematerial gegen die Politik der Ententemächte enthält, wie es vernichtender kaum gedacht werden kann. Wir werden fortlaufend zunächst eine Anzahl von Berichten der belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris aus den Jahren 1905 bis 1914 veröffentlichen, in denen in der denkbar prägnantesten Form hervorgehoben ist, daß es die im Jahre 1904 von England eingeleitete, gegen Deutschland gerichtete Ententepolitik gewesen ist, die tiefe Spaltungen in Europa hervorgerufen hat, welche schließlich zum gegenwärtigen Kriege führten. Die englische Regierung als Triebfeder, König Eduard VII. als Bannerträger der auf die Isolierung Deutschlands gerichteten Bestrebungen der Entente bilden ein immer wiederkehrendes Thema der Berichte. Mit großem Scherz haben es die Gesandten schon sehr früh erkannt, wie der durch den Dreibund während Jahrzehnten gesicherte Weltfriede durch die politischen Bestrebungen der Entente gefährdet wurde. Daß der englischen Feindseligkeit gegen Deutschland lediglich die Eifersucht Englands auf die Entwicklung Deutschlands in industrieller und kommerzieller Hinsicht sowie auf das Erblühen der deutschen Handelsflotte zugrunde lag, findet in den Urteilen der belgischen Gesandten volle Bestätigung. Die englische Heberhebung und die Ansprüche Englands auf Monopolisierung des Welthandels und Beherrschung der Meere, das Treiben der englischen Presse werden gedehrend gekennzeichnet. Die Unaufrichtigkeit der französischen Marokkopolitik, die fortgesetzten Verleumdungen Deutschlands gegenüber, die sich Frankreich mit Unterstützung Englands in Marokko hat zuschulden kommen lassen, werden festgestellt. Auf das bedrohliche Anwachsen des französischen Chauvinismus und das Wiederanfechten der deutsch-französischen Grenzen als Ergebnis der Entente mit England wird hingewiesen. Umgekehrt finden die Friedensliebe des Deutschen Kaisers, die friedlichen Tendenzen der deutschen Politik und die große Langmut Deutschlands den Provokationen Englands und Frankreichs gegenüber volle Anerkennung. Herr Poincaré hat unlängst in einer Rede den friedlichen Geist Frankreichs und der französischen Politik vor dem Kriege betont und sich bemüht, Deutschland als den Friedensstörer Europas hinzustellen. Wir haben uns bereits mit diesen Behauptungen Herrn Poincarés beschäftigt. Wir können aber unsere früheren Ausführungen nunmehr durch das Urteil des Vertreters des mit Frankreich verbündeten Belgiens in Paris ergänzen, der wohl den Anspruch erheben darf, als unparteiischer Beobachter zu gelten. Am 16. Januar 1914 hat der Gesandte Baron Guillaume seiner Regierung einen Bericht erstattet, in dem sich folgende Stelle befindet:

„J'ai déjà eu l'honneur de vous dire que ce sont MM. Poincaré, Delcassé, Millerand et leurs amis qui ont inventé et poursuivi la politique nationaliste, cocardière et chauvine dont nous avons constaté la renaissance. C'est un danger pour l'Europe — et la Belgique.“ (Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalstische, militaristische, chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien.)

Es ist, als ob Baron Guillaume die Ereignisse vorausgesehen hätte, die nur ein halbes Jahr später eintraten und in so verhängnisvoller Weise in die Geschichte Belgiens eingegriffen haben.

Die heutige Sonderbeilage enthält eine Reihe von Berichten aus dem Jahre 1905.

Das Jahr 1905 war das Jahr der russischen Revolution, des russisch-japanischen Krieges und der marokkanischen Krise, die durch die Abenteuerpolitik Delcassés hervorgerufen wurde.

Es stand in allen Fragen der großen Politik unter der Nachwirkung des englisch-französischen Vertrages vom 8. April 1904, der zu der sogenannten entente cordiale Englands und Frankreichs führte. Es war das Jahr des zweiten englisch-japanischen Bündnisses, das wie die „entente“ von dem kurz vor Jahreschluss zurücktretenden Ministerium Balfour—Bondmore unterzeichnet wurde, dem das liberale Kabinett Campbell Bannerman—Grey folgte. Die auswärtige Politik beider Kabinette war die König Eduard VII. und ging darauf aus, nach Vernichtung der russischen Flotte durch das verbündete Japan, unter Ausnutzung der alliance franco-russe, die Brücke zu einer russisch-englischen Verständigung zu schlagen. Das kaum verhehlte Ziel war, eine große anti-deutsche Kombination zu schaffen, ein Werkzeug, das, wenn Tag und Stunde günstig war, zur Vernichtung der aufstrebenden Kraft Deutschlands dienen sollte.

Parallell ging diesen Anschlägen die Tätigkeit einer deutsch-feindseligen Presse, die ihren Mittelpunkt in London hatte und bemüht war, die gegen Deutschland gerichtete Tendenz zur Herrschenden in der öffentlichen Meinung Englands zu machen. Sie fand ein Echo in Frankreich und bald auch in Rußland und hat in der Folgezeit alle Schachzüge der gegen uns gerichteten Politik des englischen Kabinetts erst einzuleiten und dann als nationale Notwendigkeiten zu rechtfertigen verstanden.

Die Bestrebungen, welche diese Wühlpolitik Englands hervorgerufen mußte, sind von den Vertretern Belgiens rechtzeitig erkannt und mit Sorge verfolgt worden. Graf Lalain, der belgische Gesandte in London, Baron Greindl, der ausgezeichnete Vertreter Belgiens in Berlin, und Herr A. Leghait, der den Brüsseler Hof in Paris vertrat, haben mit gleicher Aufmerksamkeit auf die Gefahren der sich vorbereitenden Entwicklung in ihren Berichten hingewiesen.

Am 7. Februar spricht Lalain sich dahin aus, daß die Feindseligkeit Englands auf Reich und auf Ruch vor Zukunftsmöglichkeiten zurückzuführen sei und daß die Agitation der Presse und die drohende Rede des Admirals Lee das englische Publikum zu der chauvinistischen Vorstellung geführt habe, daß Deutschland überhaupt kein Recht habe, seine Flotte zu vermehren. Wenige Tage danach gibt Greindl diesem Gedanken noch schärferen Ausdruck. Er weist auf den rein defensiven Charakter der deutschen Kriegsmarine hin. Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland sei die Eifersucht, welche die außerordentliche Ent-

wicklung der deutschen Handelsflotte, des Handels und der Industrie Deutschlands hervorgerufen habe. Ein wesentliches Motiv zu der Entente mit Frankreich sei für England der Wunsch gewesen, freie Hand gegen Deutschland zu haben. Im April und Mai, als das Eintreffen Kaiser Wilhelms in Tanger und der darauf folgende Sturz Delcassés einen neuen Sturm der Entente herbeiführten, zeigen uns die belgischen Berichte volles Verständnis für die Haltung Deutschlands in der Marokkofrage. Herr Leghait macht auf den demonstrativen Charakter der Reise aufmerksam, die gleich nach Delcassés Sturz König Eduard VII. nach Paris führte. Die Intrigen, die dahin gingen, den Zusammenritt einer Konferenz zu verhindern, treten dabei recht plötzlich zutage und führen Herrn Leghait zu dem charakteristischen Schluß, daß man wohl versucht sein könne, der wohlwollenden Politik, die England Frankreich gegenüber befolge, machiavellistische Absichten zuzuschreiben. Er spricht es in einer späteren Depesche ganz direkt aus, daß es die Schuld Delcassés gewesen sei, daß er sich einbildete, über das Schicksal Marokkos bestimmen zu können, ohne mit den Interessen Deutschlands zu rechnen.

Auch Graf Miriel, der im Juli und August Baron Greindl in Berlin vertrat, weist auf die Feindseligkeit der englischen Politik hin. England lasse keine Gelegenheit vorbegehen, um Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. So habe es während des Aufstandes in Südafrika die Hereros als kriegsführende Macht anerkannt und dem Cap verboten, uns Proviant und Munition zuzuführen.

Baron Greindl verfolgt mit Sorgen die Kampagne der englischen Presse und der englischen Finanz- und Rußland gegen Deutschland zu gewinnen, und sieht eine Kombination entstehen, die ihm gefährlich scheint. Der von Deutschland geführte Dreibund hat uns dreißig Jahre europäischen Friedens gegeben. Jetzt ist er durch den Zustand der Zerfahrenheit in dem Oesterreich-Ungarn sich befindet. Die neue Tripleentente Frankreich, England, Rußland wird den Dreibund nicht ersetzen, sondern vielmehr eine Ursache steter Beunruhigung sein.

Unmöglich sei der Anschluß Rußlands an England nicht, die Entente sei noch unwahrscheinlicher gewesen. Aber Rußland habe Deutschland als den Nachbarn, dessen Zivilisation der barbarische Stolz der Russen als Demütigung empfinde. Der jetzige Krieg bildet die glänzendste Widerlegung des Urteils, das Baron Greindl hier über den „Zustand der Zerfahrenheit“ unseres Oesterreich-ungarischen Bundesgenossen gefällt hat. Er ist demselben schweren Irrtum verfallen, mit dem auch unsere Gegner in den Krieg gegangen sind.

Im Oktober wirft er die Frage auf, ob wohl die Leute, die sich in England stellten, als fürchteten sie eine deutsche Invasion — die doch unmöglich sei — aufrichtig seien. Seine Befürchtung ist, daß sie einen Konflikt herbeizuführen suchen, um Kriegs- und Handelsflotte und damit den ganzen auswärtigen Handel Deutschlands zu vernichten. Das würde, schreibt er, den Heberhebungen der englischen Politik durchaus entsprechen.

Die letzte Greindlsche Depesche läuft in der Frage aus: Ich frage mich, wo und wann Deutschland die englische Politik durchkreuzt hat. Sollten es Erinnerungen an des Kaisers Kriegserklärung nach der Gefangennahme von Jameson und seinen Kumpanen gewesen sein? Aber das ist lange her. Auch sollte man in London nicht vergessen, daß es sich um eine Räuberbande handelte, die zwar unter der Hand von der englischen Regierung organisiert war, aber von dem offiziellen England verurteilt wurde.

Es sind bittere Wahrheiten, die durch den Mund dieser gewiß unparteiischen Quellen England gesagt werden. Das Fundament unseres guten Rechts und des Unrechts unserer Gegner findet hier neue und feste Stützen.

Politische Uebersicht.

Gewerkschaften und Vereinsrecht.

Im „Tag“ beschäftigt sich der nationalliberale Abgeordnete Dr. Böttger mit den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion zum Vereinsrecht aus der Märztagung. Böttger stellt zunächst fest:

Die freien Gewerkschaften haben von Beginn des Krieges an und bis auf den heutigen Tag ihre Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande getan und nicht geringes für die Einseitigkeit der Nation in der Kriegszeit, eine Hauptvoraussetzung für den endgültigen deutschen Sieg im Weltkampfe, geleistet. Dafür schuldet ihnen die Nation Dank, wie jedem, der treu auf dem Posten gestanden hat. Nicht minder wertvoll sind ihre organisatorischen Leistungen bei der Verteilung der Arbeitskräfte, bei der Feldbestellung auf dem Lande und bei der Vergütung der Ernte, bei der Regelung der Volksnahrung usw. Ebenso verdient ihre Friedensfähigkeit bei der Zurückhaltung von Streifen Anerkennung. Ein Blick nach England, dem gelobten Lande der Arbeiterorganisationen, genügt, um die patriotische Haltung unserer Arbeiter, namentlich auch in der Kriegsindustrie, klar und zweifellos erkennen zu lassen.

Aus dieser Haltung will Böttger Konsequenzen für die Stellung der Parteien zu den Gewerkschaften ziehen. Er geht dabei aber recht vorsichtig zu Werke, wie die folgenden Darlegungen zeigen:

Nach alledem muß das Urteil derjenigen, die in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung eine nationale Gefahr sahen, weil sie unter Umständen einen Staat im Staate bilden und auf internationale Lodungen hinarbeiten könnten, einer Revision unterzogen werden. Man kann sich mit ihr als politischem Machtfaktor auseinandersetzen wie mit jedem anderen ohne nationale Bellemungen, und das wird der objektiven Prüfung ihrer politischen Forderungen zum Vorteil gereichen. Die Parteien mögen ja in dieser nationalgerichteten Arbeiterbewegung eine größere Gefahr für ihren eigenen Bestand erkennen; Staat und Gesellschaft müssen die neue Entdeckung freudig begrüßen und daraus gewisse Konsequenzen ziehen. . . .

Rur von diesem Standpunkt aus, daß die Gefahrenquelle für Staat und Reich vermindert ist, sind Zugeständnisse an die Gewerkschaften statthaft und gerechtfertigt. Nicht aber als Belohnungen und Gratifikationen oder als Erkenntnisfrucht, daß man ihnen früher unrecht getan habe, und das wieder gutmachen müsse. Davon kann im Ernst nicht die Rede sein. Man braucht die Gewerkschaften nur an ihren Terrorismus, an die Rißhandlung und Achtung der Arbeitswilligen, an die Menge der von ihnen hervorgerufenen, aber verunglückten Streiks zu erinnern, um zugleich festzustellen, daß man sie nicht frei schalten und walten lassen dürfte und ihren Machtüberdehreitungen Jügel anlegen müßte. Geben sie die Unbuddsamkeit gegen Andersdenkende und Nichtorganisierte auf, so fallen viele Vorwürfe gegen sie fort, und sie können sich dann um so ungehindert entwickeln.

Die letzten Bemerkungen zeigen, daß Böttger doch noch nicht genug zugelernt hat. Das beweisen auch seine weiteren Bemerkungen über den „politischen“ Charakter der Gewerkschaften:

Die Sozialdemokratie verlangt, daß Gewerkschaften nicht als politische Vereine gelten sollen, obwohl sie bei Verfolgung ihrer Zwecke auf politische Parteien, auf die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung einzuwirken suchen, also politische Arbeit in

intensivstem Maße verrichten. Der Antrag will den Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheit verschaffen und sie eigentlich von jeder vereinsrechtlichen Kontrolle entbinden, während alle übrigen politischen Vereine nach wie vor dieser Kontrolle, die der Staat nicht entbehren kann, unterliegen. Es gehört viel Auslegungskunst dazu, den Gewerkschaften den politischen Charakter abzustreiten, etwa zu sagen, daß ihre politische Wirksamkeit nicht Zweck, sondern Mittel sei; sie sind vielleicht die wirksamste politische Parteimacht, die es heute gibt, und darum können sie Unnahmerechte nicht verlangen, und sie müssen sich gleich allen anderen Parteigeilden und Vereinen gegen Polizei- und Verwaltungshandlungen wehren, wo sie ihnen tödlicher Weise entgegengekehrt werden.

Die Beseitigung „kleinlicher Chikanen und der Nadelstichpolitik durch nachgeordnete Behörden“ ist denn auch im Grunde das einzige, was Böttger zugestehen will. Im übrigen vertraut er die Gewerkschaften auf die Zukunft. Den Antrag auf Abänderung des Reichsvereinsgesetzes, der einem Ausschuss überwiesen worden ist, hält Böttger keineswegs für spruchreif:

„Die Arbeitskraft und Verschönerlichkeit der Ausschussmitglieder in Ehren, ich glaube aber nicht, daß sie sich jetzt über wesentliche Punkte des Entwurfs einigen werden, und daß sie Zeit finden, alle Bedenken gegen die Einzelbestimmungen auszuräumen. Daher mag es bei dem Entschluß der Regierung, die Gewerkschaftsfragen zu vertragen, sein Bewenden haben; ihr Recht wird ihnen, wie man wohl sagen darf, bestimmt zuteil werden.“

Die Versprechungen klingen ja sehr schön. Aber wenn den Gewerkschaften „bestimmt“ ihr Recht zuteil werden soll, weshalb gewähren die bürgerlichen Parteien es ihnen nicht schon jetzt und einigen sich auf den sozialdemokratischen Antrag!

Budgetbewilligung in Württemberg.

Am Mittwoch kam in der Zweiten Kammer die Ernährungsdebatte zum Abschluß, in der Genosse Flügel den Standpunkt unserer Fraktion vertrat. Unsere Ergänzungsanträge zu den Anträgen des Ausschusses wurden abgelehnt. Immerhin gelangten die auf unser Drängen zustande gekommenen Ausschussanträge zur Annahme, die eine Herabsetzung der Preise für Getreide, Mehl und Brot, rechtzeitige Vorkehr für die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln mit Hilfe mäßiger Höchstpreise und Entzerrung durch die Gemeinden, Versorgung des Volkes mit billiger Fleischmahlung durch Festsetzung von Höchstpreisen, Festsetzung von Höchstpreisen für Milch und Staatszuschüsse zur kommunalen Milchversorgung, Höchstpreise für Butter und Käse, Verbrauchsregelung der Säulenstriche, Versorgung mit Eiern, Höchstpreise für Kohlen und Stolz und schließlich noch ganz allgemein alle geeigneten Maßnahmen zur Herabsetzung der Wucherpreise für Bedarfsartikel aller Art fördern. In den meisten dieser Fragen verhielt sich der Bund der Landwirte ablehnend. Alle übrigen Parteien wirkten mit am Zustandekommen der Beschlüsse und die Regierung sagte Beachtung derselben zu.

Bei der Schlussabstimmung über den Etat stimmten unsere Genossen mit Ja unter Abgabe folgender Erklärung:

„Wir haben dem vorliegenden Hauptfinanzetat, dessen Beratung unter außergewöhnlichen Umständen erfolgte, aus folgenden Gründen zugestimmt: Durch die Einführung der Vermögenssteuer ist eine alte Forderung unserer Partei in einer Form verwirklicht worden, die zwar nicht alle unsere Ansprüche erfüllt, in ihrer weitgehenden Befreiung der kleinen Vermögen aber unsere Anerkennung findet. Auch die Gewinnung der Wertzuwachssteuer für den Staatshaushalt findet unsere Anerkennung. Die Regierung hat durch die Vorlage der beiden Gesetzentwürfe bei der Deckung des Defizits nach dem Grundsatze der Schonung der weniger leistungsfähigen Klassen gehandelt, den wir für die Ausbildung des staatlichen Steuersystems in die erste Linie stellen.“

Weit schwerer als dieser Gesichtspunkt fällt für unsere Entscheidung die Erwägung ins Gewicht, daß alle innerpolitischen Gegensätze so lange zu schweigen haben, als die Gefahren, die dem Sein unseres Volkes von einer feindseligen Uebermacht drohen, nicht endgültig abgewehrt sind. Die Geschlossenheit des württembergischen Volkes in diesem ungeheuren Kampfe auch nach außen zu betonen, galt und als erste Pflicht. Es handelt sich jetzt für uns nicht darum, einer Regierung ein Vertrauensvotum zu geben. Wir lehnen daher alle Schlüsse ab, die man in dieser Hinsicht aus unserer Handlung ziehen möchte. Es handelt sich vielmehr darum, auszusprechen, daß die Volksklassen, die wir zu vertreten haben, sich als untrennbaren Teil des Volksganges betrachten.“

Die Fraktion „Sozialistische Vereinigung“ stimmte gegen den Etat.

Höchstpreise für Mehl.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat beim Bundesrat beantragt, daß nicht nur Höchstpreise für Brotgetreide, sondern auch Höchstpreise für Mehl sobald wie möglich festgelegt werden und daß dabei die Spannung zwischen beiden so niedrig bemessen wird, daß die Verbraucher so billige Brot- und Mehlpreise genießen können, wie sie in normaler Weise, d. h. zu Friedenszeiten, den Höchstpreisen für Brotgetreide entsprechen. In der Eingabe heißt es u. a.:

Wenn die Landwirte trotz der enorm gestiegenen Produktionskosten sich auch heute noch im vaterländischen Interesse mit den bisherigen Höchstpreisen zufriedenstellen, so geschieht dies in der selbstverständlichen Annahme, daß das Opfer, das die Landwirtschaft bringt, auch wirklich den Verbrauchern zugute kommt, und nicht durch ganz unvernünftige hohe Mehlpreise wieder vereitelt wird. Der durchschnittliche Unterschied zwischen den Preisen für Roggenmehl und Roggen in den letzten 20 Jahren in Berlin beträgt 48 M. für die Tonne. Er schwankt in den einzelnen Jahren von 37—61 M. Der durchschnittliche Unterschied zwischen den Preisen für Weizenmehl und Weizen beträgt in den 20 Jahren 66 M. Er schwankt von 54—78 M. Demgegenüber hat der Unterschied mehrere Kriegsmonte hindurch über 200 M. für die Tonne betragen und beträgt auch heute noch nach der letzten Preisfestsetzung der Kriegsgetreide-Gesellschaft vom 8. Mai d. J. 100 M. Wenn vom Bundesrat jetzt Höchstpreise für Getreide aus der Ernte 1915 festgelegt werden, so muß die Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit fordern, daß gleichzeitig eine allgemeine Festlegung der Mehlhöchstpreise bezw. der Spannung zwischen beiden Preisen von höchstens 60 M. bei Roggen und höchstens 75 M. bei Weizen erfolgt.

Die Preissteigerung im Zuckerhandel.

Die unvernünftige Preissteigerung des Zuckers hat dem Zentralverband für Handel und Gewerbe Veranlassung gegeben,

in einer Eingabe an den Bundesrat die Lage im Zuckerhandel eingehend darzulegen und folgende Anträge zu stellen: 1. Sämtliche Verträge der Zuckerraffinerien sowie der der Großisten und ferner die in Hamburg lagernden Zuckervorräte zu beschlagnahmen und dem Handel durch die Zentraleinkaufsgesellschaft zu angemessenen Preisen zurückzuführen; 2. um Festsetzung von Höchstpreisen für Zucker, sowohl für den Groß- wie aber auch für den Kleinhandel, unter Einräumung einer angemessenen Ubergangszeit, und endlich 3. infolge der diesjährigen um 32 Proz. herabgesetzten Ankaufpreise von Zuckerrüben um Beschlagnahme der gesamten diesjährigen Ernte.

Erordnung des Präsidenten von Haiti.

Nach einem amtlichen Berichte, den das Staatsdepartement aus Port-au-Prince erhalten hat, hat die Bevölkerung trotz Protestes des französischen Gesandten, den Präsidenten Guillaume aus der französischen Gefandtschaft herausgeholt und getötet.

Washington, 29. Juli. (M. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Admiral Caperton meldet, daß er Marinetruppen des Kreuzers „Washington“ in Port-au-Prince habe landen lassen, um die Amerikaner und Fremden zu beschützen. Die Unruhen dauern an. Auf Amerikaner wurde nicht geschossen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg.

Wie wir erfahren, ist die Arbeit der Genossin Diez, die unter dem obigen Titel im Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ erschienen und bereits von uns besprochen wurde, jetzt in einer billigen Agitationsausgabe herausgekommen. Der Verlag (Genosse Diez - Stuttgart) hat sich dabei sehr entgegenkommend gezeigt, er liefert das Einzelheft inkl. Porto für 15 Pf., 1000 Stück, beim Bezug durch die Organisationen, für 75 M. Der sehr billige Preis ermöglicht die weiteste Verbreitung, die auf das wärmste empfohlen werden kann.

Der Bericht der Hamburger Bürgerfraktion wurde in zwei Delegiertenversammlungen der sozialdemokratischen Landesorganisation diskutiert, die am 20. und 27. Juli stattfanden. Reichstagsabgeordneter Stolten gab den Bericht der Fraktion. Die Stellung der Fraktion zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen stimmt vollkommen mit der Haltung der Reichstagsfraktion überein. Die Fraktion sieht auf dem Standpunkt, daß auch heute noch wie am 4. August alles getan werden müsse, was dem günstigen Abschluß des Krieges förderlich sein könne, und daß alles auszuweichen müsse, was die Erreichung dieses Zieles stören, was die Gegenseite hervorbrechen lassen, die innere Geschlossenheit des Volkes zur Abwehr beeinträchtigen könnte. Die Fraktion habe in vielen Fragen mit dem Erfolg vorwärtsgegriffen. Wenn auch nicht alles erreicht sei, so sei es doch eine Tatsache, daß Hamburg mit seinen Unterstützungslagen für Kriegserkrankte an der Spitze marschiere und sich seine Unterstützung der Arbeiter durch die Kriegshilfe ebenfalls seien lassen könne. Da die Fraktion an diesen Aufgaben mitgearbeitet habe, habe sie die erforderlichen Summen nicht ablehnen können, als sie im Budget erschienen; deshalb sei im Hinblick auf die gegenwärtige Lage die Budgetbewilligung beschlossen worden. Stolten wandte sich sodann im allgemeinen dagegen, daß die Budgetbewilligung zu einer Prinzipienfrage gemacht werde. Man solle sich nicht an Formalitäten klammern. Dr. Laufenberg wies in der Diskussion darauf hin, wie die Anerkennung des Bürgerfriedens wohl dem Bürgerum, aber nicht der Arbeiterschaft genügt habe. Es sei nicht einzuleben, warum immer gerade die Interessen der Arbeiter zurückgehen sollten, wo sie ins Spiel kommen. Wegen der Nahrungsmittelpolitik hätte die Fraktion energischer auftreten müssen. So wie im Reich die Interessenverbände, veruchten in Hamburg die Handelskreise der Regierung jeden Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu nehmen und die Regierungsgewalt für sich nutzbar zu machen. Die Nahrungsmittel seien vom Staat so spät und so teuer eingekauft, daß diese Aufkäufe preissteigernd wirken mußten. Zur Bewilligung des Budgets sei kein Anlaß gewesen. Anstatt daß Delegierte der Fraktion den Parteivorstand um Rat fragten, hätten besser die Vertrauensleute zusammenberufen werden sollen. Es dürfe nicht gewissermaßen unter dem Schutz des Kriegszustandes versucht werden, eine Bewegung, die völlig links orientiert war, nach rechts abzuwandeln. Die Genossen Meyer, Urban, Große, Krause, Becker und Weinheber verteidigten die Fraktion. Ohne die Anerkennung des Bürgerfriedens hätte die Fraktion noch weniger Vorteile für die Arbeiter erreichen können. Beezohm, der bemerkte, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Delegiertenversammlung nicht der Auffassung der Gesamtmittelbarkeit entspreche, Heberlein und Marx wandten sich gegen die Haltung der Fraktion. Krause führte aus, die Hanfstände könnten eigentlich nicht unter dem Parteitagbeschluss zur Budgetbewilligung fallen, denn sie seien Stadtstaaten, und insbesondere Hamburg unterseide sich kaum von anderen Großstädten. Dort habe niemand etwas gegen die Budgetbewilligung einzuwenden. Wenn der große Einfluß der Junker in den Verwaltungen gebrochen werden solle, so müßten die Sozialdemokraten in die Verwaltungen hinein. Im Schlusssatz machte Stolten Laufenberg gegenüber geltend, die Vertrauensleute hätten vor der Budgetabstimmung nicht gefragt werden können, weil das erst anlose Debatten gegeben hätte. Nicht durch das von Laufenberg vorgeschlagene scharfe Vorgehen, sondern durch das maßvolle Kritik werde etwas erreicht.

Es waren zwei Resolutionen eingegangen. Eine von Gildenberg eingebrachte Resolution lautet:

Die Delegierten der Landesorganisation erkennen die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerfraktion im abgelaufenen Jahre an. Wenn auch einzelne Beschlüsse der Bürgerfraktion, namentlich der über Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht befriedigen, so ist doch einer ganzen Anzahl von Anregungen unserer Genossen, die den durch den Krieg mittelbar wie unmittelbar in Mitleidenhaft Geratenen zugute kommen, Folge gegeben worden. Um nun dem Staate für die notwendigen Ausgaben — worunter sich allein monatlich zirka 8 Millionen Mark für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer befinden — auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, was die Zustimmung der Fraktion zum Budget verständlich und findet diese somit die Billigung der Versammlung.

Dr. Laufenberg brachte folgende Resolution ein:

Die Delegiertenversammlung der Landesorganisation erwartet, daß die Bürgerfraktion mit größerem Nachdruck als bisher durch öffentliche Kritik in der Bürgerfraktion den Lebensmittelpreis bekämpft, der die Arbeiterschaft um so schwerer bedrückt, je mehr sie der Bürgerfraktion daran hindert, eine der Steigerung der Lebensmittelpreise entsprechende Erhöhung der Löhne zu erwirken.

Die Delegiertenversammlung der Landesorganisation mißbilligt es, daß die Bürgerfraktion für das Budget stimme, ohne die beruflichen Vertreter der Hamburger Organisation vorher zu Rate zu ziehen. Sie erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage und die Grundzüge der Partei durch die Kriegszeit nicht außer Kraft gesetzt sind und erwartet, daß die Politik der Fraktion nach diesen Beschlüssen und Grundzügen geführt wird.

Die Resolution Gildenberg wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Gewerkschaftliches.

Kriegsbeschädigte und Unternehmertum.

Wie sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Mitarbeit des Unternehmertums an der Kriegsbeschädigtenfürsorge denkt, lehrt folgende von ihr verbreitete Rundgebung:

„Die Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihren alten Berufen oder in neuen Stellungen, zu deren Ausführung sie mit Rücksicht auf ihre erlittenen Beschädigung befähigt sind, beschäftigt zurzeit lebhaft die Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere hierfür interessierte Kreise. Eine große Rolle spielt bei diesen Verhandlungen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten. Es ist durchaus folgerichtig und gerecht, dabei nach demselben Grundsatze zu verfahren, der für die Entlohnung von Arbeitern mit Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und Uebernahmen maßgebend ist, und demgemäß die Kriegsbeschädigten entsprechend ihren Leistungen zu entlohnen. Es wird nun von mancher Seite die Forderung erhoben, daß die Kriegsbeschädigten in denjenigen Industrien, in welchen Tarifabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, nach diesen Tarifätzen entlohnt werden sollten. Hiermit würde der gesunde Grundsatze, die Kriegsbeschädigten nach ihren Leistungen zu bezahlen, durchbrochen werden, denn die Tarifabkommen beziehen sich naturgemäß nur auf die Entlohnung vollwertiger Arbeitskräfte. Es liegt jedoch kein Anlaß vor, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Renten eintreten, relativ höher zu entlohnen als die vollwertigen unbeschädigten Arbeiter. Dieses würde aber der Fall sein, wenn die Kriegsbeschädigten nach Tarifätzen entlohnt würden, obwohl sie mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand in den meisten Fällen nicht dasselbe wie die unbeschädigten Arbeiter leisten können. Es ist auch zu berücksichtigen, daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tarifätzen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher ist, auf die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen. Es liegt daher im Interesse der Kriegsbeschädigten selbst, wenn sie die Entlohnung nach Leistungen als richtig anerkennen, zumal dieser Grundsatze nicht ausschließt, daß Kriegsbeschädigte Arbeiter daselbst verdienen wie unbeschädigte.“

Aus diesem Schriftsatz ist trotz aller wohlwollenden Redensarten und verbrämenden Floskeln un schwer zu erkennen, daß eine Kriegsbeschädigten-„Fürsorge“ nach dem Herzen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nichts anderes als eine Fürsorge für solche Unternehmer sein würde, die mit Hilfe der Kriegsbeschädigten die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft herabdrücken möchten.

Das geht nicht nur aus dem Sturmlauf der Vereinigung gegen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach tariflichen Sätzen, sondern auch aus der Wendung hervor, daß für die Unternehmer kein Anlaß vorliege, „die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Rente eintreten, relativ höher zu entlohnen, als die vollwertigen unbeschädigten Arbeiter“. Diese Wendung verrät die Absicht, die Rente allgemein vom Lohne abzuziehen, wogegen sich die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen im Interesse der Kriegsbeschädigten mit aller Entschiedenheit wenden wird.

Die unternehmerische Kriegsbeschädigtenfürsorge wird aber besonders gekennzeichnet durch den Satz der Rundgebung, „daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tarifätzen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher ist, auf die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen“. Die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge erscheint also der Vereinigung zwecklos, sofern die Unternehmer den Kriegsbeschädigten tarifmäßige Löhne bezahlen sollen, die jede Ausnutzung der Kriegsverletzten zur Lohndrückerei bereiten!

Die Gewerkschaften werden scharf darüber zu machen haben, daß jede Ausnutzung der Kriegsbeschädigtenfürsorge im Unternehmerinteresse und ihre Umwandlung in eine Fürsorge für das Unternehmertum unterbunden wird.

Berlin und Umgegend.

Berliner Konfektion und Kriegsarbeit.

In einer Generalversammlung der Verwaltung Berlin des Schneiderverbandes wurde festgestellt, daß im letzten Quartal 2010 Mitglieder zu den Waffen einberufen worden sind. Es wurden in dieser Zeit 3000 Markten weniger umgelegt als im vergangenen Quartal. Runge gab in der Versammlung ein umfassendes Bild von den Arbeiten der Schlichtungskommission. Nach Ausbruch des Krieges hat, unter Mitwirkung des Völkerrechtsamts des Gardekorps, die Organisation eine Regelung der Arbeitslöhne vorgenommen. Es ergaben sich für Berlin Anzuträglichkeiten. Sollte man einen Unternehmer vor die Kommission zitieren, so sagte er in der Regel, ja, er arbeite ja gar nicht für das Gardekorps. Es wurde darum viele Arbeit aus der Provinz nach Berlin verschoben, wo sie hauptsächlich in Reutheim und auf dem Gesundbrunnen hergestellt wurde. Die Regelung der Löhne wurde nunmehr über das ganze Reich ausgedehnt. 75 Prozent des Arbeitslohnes mußten die Arbeiter erhalten, in die übrigen 25 Prozent mußten sich die Unternehmer teilen. Es traten sehr komplizierte Verhältnisse ein, wie sie in den Berichten über die Sitzungen der Schlichtungskommission im „Vorwärts“ geschildert worden sind. Insbesondere war es die Zwischenmeisterfrage, die fast unlösbar Aufgaben stellte. Die Damenkonfektion warf sich auf die Militärarbeit und übertrug die dort herrschenden lotrigen Zustände auch auf dieses Gebiet. Auch hier war rasch das Zwischenmeistertum auf dem Plan und letzten Endes waren es wieder die Arbeiter, die bluten sollten. Konfektionäre stellten Leute an als Zwischenmeister, die nicht immer den vertrauenswürdigsten Eindruck erweckten. Aus seinen praktischen Erfahrungen illustrierte Redner seine Ausführungen mit besonders markanten Beispielen. Sehr oft kamen die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur um ihren Lohn, sondern auch noch um ihr leichtfertig erborgtes Geld. Zum Glück gelingt es noch der Schlichtungskommission, in manchen Fällen beides zu retten.

Bei Reichmann waren Zwischenmeister, die Räumte, Zutatzen usw. von der Firma erhielten. Bei einem Teil dieser Herren bestand die Tätigkeit darin, zuzusehen, wie andere arbeiteten, und wenn der Sonnabend kam, erhielt das Personal keinen Lohn. Reichmann erklärte, zur Rede gestellt, daß er diese Leute als Zwischenmeister betrachte und behandle. Darauf lagten dieselben gegen Reichmann. Einer davon hatte mit Arbeiterinnen angeblich vierzehntägige Kündigung und auffallend hohe Löhne (bis 45 M. pro Woche) vereinbart, von denen er vorher behauptet hatte, daß sie ungelernete Kräfte, Dienstmädchen, gewesen seien. Die Schlichtungskommission verurteilte ihn, zu zahlen und wies ihn im übrigen mit seinen Negationsprüchen an die Firma ab. Die Firma verpflichtete sich, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen ihren vom Verband festgesetzten Lohn erhielten und auch in der Kasse angemeldet würden. Wenn das geschilderte Zwischenmeistertum plagreifen sollte, so würde das zu schlimmen Zuständen führen. Darauf wies der Referent besonders eindringlich hin. Die Arbeiterinnen riskieren bei solchen Elementen immer ihren Lohn. Dem Verband ist es in vielen Fällen gelungen, den Lohn zu retten, so u. a. einigen Frauen

zusammen 600 M. Im ganzen sind 6000 M. ausgezahlt worden von eingeklagten Geldern.

Die Zwischenmeister und die Damenkonfektion haben in der Regel ihrem Personal die festgesetzten Preise nicht gezahlt. Redner zeigte auch den Unterschied zwischen Gewerbegericht und Schlichtungskommission. Die letztere vertritt den Standpunkt, daß sie nicht dazu da sei, um in Streitigkeiten zwischen Zwischenmeistern und Unternehmern einzugreifen, sondern nur um solche zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu regeln und zwar auch nur insofern, als der Arbeiter zu seinen 75 Proz. kommen muß. Der Zwischenmeister kann also nicht mehr einklagen, als er seinen Arbeitern noch nachzahlen muß. Alle Gelder werden an den Verband gezahlt, damit dieselben auch sicher in die Hände der Empfänger kommen. In einem Falle wollte ein Zwischenmeister die Arbeiter bei 800 M. um 500 M. betrügen. Dem Verband war es zum Glück noch möglich, dies zu verhindern. Runge ist der Meinung, daß in Berlin Hunderttausende an Arbeitslöhnen betrogen werden. Ansprüche, die länger zurückliegen als ein Vierteljahr, können aber nicht mehr nachgeprüft werden von der Schlichtungskommission.

Bezüglich der Drehsätze herrscht noch vielfach die Ansicht, daß wenn der Stoff zum Anzug geliefert wird, die Tariflöhne nicht gezahlt werden brauchen. Der Verband hat sich an das Kriegsministerium gewandt und erklärt, daß die betreffenden Löhne auch auf diese Arbeiten zuträfen. Die Antwort steht noch aus. Da die Klagesachen sich jetzt häufen, muß die Kommission wöchentlich zweimal tagen.

In der Diskussion verurteilte es eine Rednerin, daß es Arbeiterinnen gibt, die dem Zwischenmeister noch Geld borgen. Eine Bäckerin in der Damenkonfektion erhält, wie eine Frau mitteilte, in einem Geschäft 15 M. pro Woche. Sie vertritt also einen männlichen Bäcker und hantiert für dieses Geld täglich 10 Stunden mit dem 25 Pfund schweren Plättchen. Der Bäckerlohn beträgt sonst 40 M. pro Woche.

Weiter referierte Runge noch über die Offizierskommerrade, die aus den verschiedensten Stoffen und in den verschiedensten Formen hergestellt werden. Auf Umfrage hin ist die Organisation zu dem Beschlusse gekommen, diesen Rod vorläufig als Kennrod zu betrachten und demnach soll er auch berechnet werden. Endgültige Preise können natürlich erst nach Erheben der kaiserlichen Verordnung festgesetzt werden. Er steht demnach um 2 M. niedriger, als der jeweils in Frage kommende Stoffrod.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Maschinenindustrie Ernst Haldach & Co. in Düsseldorf verteilt 8 Proz. Dividende, während die Aktionäre im Vorjahre leer ausgingen, obgleich schon damals eine Dividende von 8 Proz. hätte ausgeschüttet werden können. Im Geschäftsbericht heißt es: „Wir waren den an uns heranretenden Ansprüchen infolge des Stokens des Abzuges und der Ansammlung von Vorräten in finanzieller Hinsicht gewachsen. Auch in unserer Vermietungsabteilung machte sich der Krieg infolge der Verknappung der Maschinen zu unserer Verfügbung geltend. Sehr bald veränderte sich indessen erfreulicherweise das Bild, so daß es uns gelang, unsere Mietobjekte in großem Umfange nutzbringend zu verwerten. Unsere Baumaschinen fanden bei der Wiederherstellung wichtiger militärischer Bauten Verwendung, während auch für das übrige Material Nachfrage für militärische Zwecke eintrat. Neben der Vermietung kamen auch Verkäufe unseres Maschinenparks, insbesondere gegen Ende des Jahres, in größerem Umfange zustande, welche indessen erst dem laufenden Geschäftsjahre zugute kommen.“

Das Ubergangshyndikat.

In der getrigen Zechenbesitzerversammlung des Kohlenhyndikats, an der auch wieder wie an der Beiratsitzung Vertreter des preussischen Handelsministers teilnahmen, erklärte der Vorsitzende Geheimrat Dr. Rirdorf zu dem Stande der Verhandlungen über die Erneuerung des Kohlenhyndikats, daß diese, soweit ein Syndikat auf fünf Jahre in Frage kommt, nach Ansicht des Erneuerungsausschusses auf Grund des gesetzlichen Eingreifens des Bundesrats nicht fortgesetzt werden können. Die Versammlung schloß sich der Auffassung der Vorsitzenden an, daß die Erneuerungsverhandlungen als gescheitert anzusehen sind. Es soll nun auf Vorschlag des Erneuerungsausschusses versucht werden, ein Ubergangshyndikat zu bilden, das ebenso wie der Stahlwerksverband bis zum 1. April 1917 in Wirksamkeit bleiben soll. Die Mehrheit der bisherigen Syndikatsmitglieder der Kartellzechen und der außenstehenden Zechen erklärte sich bereit, diesem Ubergangshyndikat beizutreten. Mit den wenigen Zechen, die ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben, soll weiter verhandelt werden.

Preissteigerungen des Kohlenhyndikats.

In der Beiratsitzung des rheinisch-westfälischen Kohlenhyndikats, an der auch Vertreter des preussischen Handelsministers teilnahmen, sind die Umlagen für das dritte Vierteljahr 1915 in der gleichen Höhe wie bisher festgesetzt worden. Dann erfolgte die Festsetzung der Richtpreise. Es wurde beschlossen, diese für Kohlen und Bricketts um eine Mark, für Koks um 1,25 Mark und Koks um zwei Mark für die Tonne zu erhöhen. Diese Preisfestsetzung gilt für den Zeitraum vom 1. September bis 31. Oktober 1915.

Das Kohlenhyndikat nimmt also Preissteigerungen vor, ehe das Ubergangshyndikat in Kraft tritt, dem der Fiskus ebenfalls angehört.

Der rechnungsmäßige Absatz des Kohlenhyndikats stieg im Juni gegen den Vormonat von 484 auf 502 Millionen Tonnen. Dies aber gegen den des Vorjahres (mit 6,28 Millionen Tonnen) um 1,28 Millionen Tonnen zurück. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 8 037 938 (Vorjahr 7 910 656) Tonnen oder arbeitstäglich auf 247 710 (Vorjahr 258 424) Tonnen. Im Mai 1915 betrug die Förderung nur 5 826 965 Tonnen oder arbeitstäglich auf 242 700 Tonnen.

Abbau des ungarischen Moratoriums.

Das Budapester Amtsbüro veröffentlicht eine Regierungsverordnung über eine stufenweise Aufhebung des Moratoriums. Die Verordnung besagt u. a.: Sämtliche nach dem 31. Juli 1915 fälligen Schulden sind ohne Rücksicht darauf, wann sie entstanden sind, am Verfalltage zu bezahlen, insofern die gegenwärtige Verordnung keine Ausnahme macht. Ueber die auf Kontokorrent bei Geldinstituten vor dem 1. August 1914 erlegten Einlagen kann der Einleger frei verfügen. Auf Sparassienbuch eingelegte Beträge kann, wenn die Einlage am 1. August 1914 nicht mehr als 2000 Kronen betrug, der Einleger 200 Kronen fordern, doch nicht über 10 Prozent der am 1. August 1914 bestehenden Einlage. Die zum Lebensunterhalt des Einlegers und seiner Angehörigen nötigen Beträge müssen unbeschränkt ausgefolgt werden. Die Verordnung tritt am 1. August in Kraft. Die festgesetzten Termine haben auch in dem Falle Geltung, wenn sie sich bis in die Zeit nach Beendigung des Krieges erstrecken.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 287 der preussischen Armee enthält:

Verluste folgender Truppen:
Infanterie usw.: Garde: 5. Garde-Reg. 3. B.; Gren.-Reg. Nr. 5; Garde-Inf.-Reg.; Garde-Schützen-Bat. Grenadier-Reg. Infanterie-Reg. 1. bis 100 (s. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 27), 11 (s. auch Erf.-Inf.-Reg. Nr. 8), 12, 16, 17, 19, 20, 21, 24, 30, 31, 38, 40, 46, 48, 51 (s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 8), 53 bis einschl. 57, 59, 62, 63, 67, 68 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 69), 72, 73, 77, 79, 80, 81, 84, 86, 89, 90, 92, 94, 96, 98, 110, 111, 113, 114, 116, 117, 118, 128, 130, 131, 132, 135, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 154, 156, 157, 158, 160, 164, 171, 172 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 99), 176, 186. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 6, 7, 9, 11, 18, 19, 21, 25, 30, 32, 37, 40, 48, 49, 53, 56, 59, 60, 61, 65 (s. Zeitungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 8a), 68, 69, 71, 75, 76, 80, 81, 82, 83, 86, 87, 93, 95, 99, 110, 118, 206, 207, 208, 211, 218, 214, 215, 216, 218, 219, 221, 222, 223, 224, 226, 227, 228, 230 bis einschl. 234, 237, 238, 240, 250, 252, 254, 258, 262, 263, 265, 266, 269, 270. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 28, Königsberg Nr. 3 und v. Ruhbaum. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 8, 12, 16, 18, 19 (s. Erf.-Inf.-Reg. v. Ruhbaum), 22, 27, 31, 49, 52, 55, 56, 73, 76 (s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 69), 77, 82, 87 (s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 30), 100, 118. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1 und 4. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7. Feld-Bat. Reiter des Detachements Landw. Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 22, 23, 26, 37, 42, 83. Landwehr-Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 25 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1), 29 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 4). Landw.-Infanterie-Bataillone I Bromberg, II Darmstadt, I. Flensburg (s. Bewachungs-Kommando des Gefangenenlagers Österrade), Gnesen, Graudenz, 2. Hamburg, II Königsberg, Neustadt i. Westph., II Oldenburg, VIII Rosen, 2. Schwerin, 2. Spandau, Striegau, I Tilsit (s. Erf.-Inf.-Reg. v. Ruhbaum). Landw.-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 2. Essen, 4. Saarbrücken, 4. des 4., 3. Bruchsal des 14. und 2. des 18. Armeekorps sowie Landw.-Ers.-Bat. des 10. Armeekorps. Jäger-Bat. Nr. 4; Ref.-Bataillone Nr. 2, 6, 24. Ref.-Radfahrer-Kompagnie Nr. 75. Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 106, 116 (s. Inf.-Reg. Nr. 77); Maschinengewehr-Büge Nr. 144 und 237 (beide s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 27); Festungs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 4 und 8a.
Kavallerie: Nachrichten-Abt. der 4. Kav.-Div. Kürassiere Nr. 2 (s. Nachrichten-Abt. der 4. Kav.-Div.) und 6; Dragoner Nr. 5, 12, 15, 23; Husaren Nr. 7 (s. Nachrichten-Abt. der 4. Kav.-Div.); Ulanen Nr. 4; Reiter-Regiment Cleinow; 2. Erf.-Escadron des 20. Armeekorps (s. Reiter-Reg. Cleinow).
Feldartillerie: Regiment Nr. 8, 10, 17, 33, 34, 39, 40, 44, 48, 51, 56, 58, 62, 75, 83, 92, 217; Ref.-Regimenter Nr. 1, 18, 29, 47, 59, 68, 70.
Fußartillerie: 2. Garde-Reg.; Regiment Nr. 1, 4, 9, 10, 18; Ref.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 10, 11, 17, 18, 20; Ref.-Bat. Nr. 25; Schwere Feld-Haubitz-Batterien Nr. 217 und 248.
Pioniere: Regiment Nr. 18, 25, 29, 30; Bataillone: II. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 8, I. Nr. 6, I. Nr. 7, I. Nr. 9, I. Nr. 21, I. und II. Nr. 26, II. Nr. 27; Ref.-Bat. Nr. 30; Erf.-Bataillone Nr. 4, 6, 7; Kompagnien Nr. 60 und 100; Ref.-Kompagnien Nr. 52, 77; 2. Landw.-Komp. des 14. Armeekorps. Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 36 und 57.
Verkehrstruppen: Eisenbahn-Baufomp. Nr. 6; Ref.-Eisenbahn-Baufomp. Nr. 52. Fernspr.-Abt. des 16. Armeekorps. Feld-Fliegertruppe.
Train: Train-Abt. Nr. 2; Train-Erf.-Abteilungen Nr. 5, 6, 7. Magazin-Zugpartikolonne der Garde-Erf.-Div., Nr. 21 der Truppen-Abteilung Eches, Nr. 1 und Nr. 4 der 85. Ref.-Div. Trochet-Kolonne Nr. 3. Ref.-Pferdedepot Nr. 22.
Munitionskolonnen: Feldart.-Munitionskolonne Nr. 3 des 1. und Nr. 6 des 7. Armeekorps; Landw.-Fußart.-Munitionskolonne Nr. 2.
Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 1 der 3. Garde-Inf.-Div., Nr. 2 des 4. und Nr. 2 des 5. Armeekorps. Freiwillige Krankenpflege.
Armierungs- und Arbeiter-Format.: Armierungs-Bataillone, Arbeiter-Bat. Nr. 6.
Artilleriedepot Jüterbog.
Bewachungs-Kommando des Gefangenenlagers Österrade.
Bezirks-Kommando Meiningen.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 176 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 106, 133, 177, 179; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 102; Erf.-Bataillon: Ref.-Regiment Nr. 100.
Die württembergische Verlustliste veröffentlicht Verluste des Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 125, 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247.

Aus Groß-Berlin. Grunewald-Sommer.

Der heiße Sommer hat das Wasser der Seen weiter zurücktreten lassen, und ein breiter Saum nassen Sandes trennt den Spiegel des Hundesees von dem Fußweg, der ihn begleitet. Eine Reihe amerikanischer Eschen, die sich durch größere Blätter als unsere einheimische Art auszeichnen, sonst ihr aber sehr ähnlich ist, sind an diesem Wege angepflanzt; näher am See aber stehen die Gräser, die mehr Wasser vertragen und auch unter dem Staub und Trübel des Menschenverkehrs sich an solchen Stellen zu halten vermögen. An den vom Schilf freien Uferstellen das bekannte Bild der Hunde, die sich von ihren Herren immer wieder durch Apportstücke ins Wasser laden lassen, während andere dieser Tiere unter Anwendung von Gewalt zu näherer Bekanntschaft mit dem Wasser gezwungen, d. h. hineingeworfen werden. Dazwischen die barsuch herumpaddelnden Kinder, die diesmal aber mehr Schiffe als sonst an Bindfäden hinausschwimmen lassen und dabei von Unterseebooten und Helikoptern träumen.
Das Moor hinter dem See ist so trocken, wie es nie zuvor gewesen sein dürfte. Man kann überall bis an den seine Mitte durchziehenden Graben mehr oder minder trockenen Fußes wandern. Selbst die letzten Regengüsse haben kaum daran etwas geändert, und so bietet sich für manchen, der keine Wasserstiefel besitzt und sonst den Schnupfen scheut, dennoch die Gelegenheit, sich einmal ein solches Moor von innen anzusehen. Es ist zwar nur noch der Schatten der einstigen Herrlichkeit, bietet aber noch manch hübsche Einzelheit. Überall auf den bleichen Polstern der schwammigen Torfmoose, die äußerlich scheinbar trocken, beim Zusammendrücken eine Unmenge Wasser wie ein Schwamm von sich geben, liegen die rankenartig lang hinziehenden, yerlich klein behäuterten Sprosse der Raufbeere. Der Name der Beere ist aus irgend einem Dialekt gekommen, hat aber mit Rauf nichts zu tun. Die fast kirschkroten Beeren, die sich jetzt zu röteln beginnen, sind zahlreich vorhanden. Man kann sie, wenn sie einem schmecken, unbedenklich essen.
Auch der fleischfressende Sonnentau, über den so unendlich viel geschrieben wird und den so viele doch nur aus Abbildungen kennen, ist hier stellenweise noch in Menge zu sehen: handtellergröße Rosetten langgestielter, runder Blättchen sitzen dem Torfmoose auf, dem sie aus dünnen Würzeln nur

Wasser, aber keine Nahrung entnehmen. Leicht sehen wir an den Blättchen die purpurroten gestielten Drüsen, die sich umklammernd um das unvorsichtige Insekt schließen, das die Drüsen für Honigtau nahm und die Verwesung mit dem Leben bezahlen muß, auf daß der Sonnentau gedeihe.
Der Grunewaldsee gibt ein schöneres Bild, als der vorher erwähnte, oder vielmehr, er gab ein schöneres. Denn jetzt umzieht ihn, noch von der Eisbahnzeit her, ein überaus häufig wirkendes Stachelbragtitter. An klaren, freien Stellen, wo der Sand zum Baden lockt, ist der Draht von wahrscheinlich nicht dazu befugten Händen zerfurcht und beseitigt worden. Es wäre besser, ihn außerhalb der Wintermonate freiwillig zu beseitigen, als dem Publikum Gelegenheit zu geben, seinem Unmut über diese Verwundung des Grunewaldes in unzulässiger Weise Luft zu machen.
Von hier wendet man sich am besten in nordwestlicher Richtung gegen die Havel, abseits von den üblichen Wegen, mit der Karte in der Hand, quer über Chausseen und Fahrwege, durch das Gebiet der Havelberge, die gleich bei der Saubucht beginnen und den Wanderer, dem kein Ferienurlaub vergönnt ist, die Möglichkeit geben, steil genug bergauf, bergab zu klettern und zu rutschen, bis er irgendwo am breiten Havelsee auf der Chaussee seinen festen Halt wiedergewinnt. Hier kann man, von einem gutgewählten, hochgelegenen Sitz aus, manch Stündchen beschaulich auf die weite Fläche und die langsam dahinziehenden Fahrzeuge, auf Seegebügel und den dunklen Wald dahinter blicken und dabei allerhand denken oder — am besten — gar nichts denken. Denn aus dem Denken kommen wir schon die Bockentage über nicht heraus, und der Sonntag soll der Erholung dienen. Man kann sie auch im Grunewald finden, wenn man nur genügend Zeit hat, um nicht ständig nach der Uhr sehen zu müssen, und wenn man sich durchaus aufs Schlendern und Lagern verlegt, ohne, außer der Havel, sonst irgendeinen bestimmten Zielpunkt mit Gewalt erreichen zu wollen. Wer keinen Begleiter oder keine Begleiterin hat, der steckt ein gutes Buch zu sich.

Die Rente für die Hinterbliebenen.

Nach einer Ausführungsbestimmung soll im Falle des Todes eines Kriegsteilnehmers die Kriegsunterstützung so lange fortgesetzt werden, bis die erste Rente zur Auszahlung gelangt. Diese löbliche Bestimmung verfolgt den Zweck, zu verhüten, daß eine Lücke in der Unterstützung der Hinterbliebenen eintritt. Nun dauert aber die Festsetzung der Rente eine geraume Zeit. Dann aber soll die Rente gezahlt werden vom Todestage an. Bisher wurde in solchen Fällen die aufgelaufene Rente auf einmal ausgezahlt und machte oft einen recht erheblichen Betrag aus.
Nach einer neueren Ministerialverfügung soll auf diese Rente die inzwischen gezahlte Kriegsunterstützung angerechnet werden, wenn über zwei Monate hinaus Kriegsunterstützung gezahlt worden ist. Die ersten drei Monate nach dem Tode des Kriegsteilnehmers soll die gezahlte Kriegsunterstützung nicht angerechnet werden. Diejenigen Frauen, die eine Rentenberechnung zugesandt erhalten, müssen zunächst nach dem Militärbureau in der Klosterstraße gehen, um sich hier die Abzüge vermerken zu lassen. Mit einem hier erhaltenen Formular muß dann der Weg nach der Königgräber Str. 122 angetreten werden, um hier die Rente in Empfang zu nehmen. Die Monatsraten werden dann Anfang des Monats ausgezahlt. Hält der Erste auf einen Sonntag oder Feiertag, so kann die Rente schon am Tage vorher abgehoben werden, soweit nicht etwa auf andere Weise der Betrag der Familie zugestellt wird.

Kleinverkauf von Verbrauchszucker.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist als Kleinverkauf der Verkauf von Verbrauchszucker dann anzusehen, wenn der Verkauf und die Abgabe in Mengen von nicht mehr als jedesmal 13 Kilogramm in der in offenen Läden üblichen Art erfolgt; hierbei ist es gleich, ob der Zucker dem Käufer in obigen Mengen über den Ladentisch gereicht oder ihm zugesandt wird. Als Kleinverkauf gilt dagegen nicht, wenn zwar Verbrauchszucker in Mengen von nicht mehr als jedesmal 13 Kilogramm verkauft wird, die Abgabe oder Abnahme aber nicht in der für Ladengeschäfte üblichen Art in den einzeln gekauften Mengen, sondern in einer größeren Menge erfolgt.

Eine neue Millionen-Brücke.

Die dritte „Millionen-Brücke“ im Norden von Berlin ist bis auf die Arrangierungen und Zugänge vollendet. Sie verbindet den Gesundbrunnen mit dem Schönhauser Stadtviertel durch die Bornholmer Straße, die in der Breite der Straße Unter den Linden mit den anschließenden ebenso breiten Christiania- und Seestraße im Westen und der Wischer Straße im Osten zu den bedeutendsten Ringstraßen Groß-Berlins zählt. Beim Bau dieser Brücke entstanden besondere Schwierigkeiten durch die Ueberbrückung der Nordweger Straße, die gekreuzt werden mußte, dann durch Mangel an Material und brauchbaren Arbeitskräften. Der Eisenbahnfiskus machte Schwierigkeiten, weil hier zum erstenmal Nickelstahl verwendet werden sollte, worüber noch keine praktischen Erfahrungen vorlagen, und verlangte, daß der Bau, der mit seinen monumental wirkenden Aufgängen fast 140 Meter lang ist, ohne Verkehrs-einschränkungen errichtet werden mußte. Dies war nur möglich durch die Wahl einer mittleren Brückenpannung von 87 Meter. Durch diese Ansprüche und die Kosten der Arrangierungen erhöht sich die gesamten Baukosten auf rund 1 1/2 Millionen Mark, d. h. um rund 300 000 M. gegen den ersten Anschlag und gegen rund eine Million Mark Gesamtkosten der Swinemünder Brücke und 1 1/2 Million Mark der Putzig- und Höherer Brücke, die indes 242 Meter lang ist und außer dem Schifffahrkanal die Hamburger Bahn und zwei Straßen (die Luisenstraße am Eisenbahngelände des Bahnhofs Mühlgraben und das Scharfer) überbrückt. Die rechnerische Behandlung und konstruktive Durchbildung des Trägersystems war infolge der eisenbahntechnischen Anforderungen und Bestimmungen nicht leicht und durch den Mangel an Technikern noch obendrein erschwert. Geh. Baurat F. Krause hat alle Schwierigkeiten überwunden und gedenkt nach den Ferien — im September oder Oktober — den stolzen Bau, der zu einem Markstein in der Entwicklung des Nordens werden dürfte, den Gemeindebehörden zu übergeben.

Selbstzünderzigarren.

Neuerdings sind Zigarren zur Versendung ins Feld in den Handel gebracht worden, die an ihrem vorderen Ende mit einer durch Reibung entzündbaren Masse versehen sind. Diese sogenannten Selbstzünder- (Eszet-) Zigarren gehören zu den leichtentzündlichen Gegenständen, die nach der Postordnung zur Versendung mit der Post nicht zugelassen sind. Vor Zuwiderhandlungen wird dringend gewarnt.

Das Rückfallfieber.

Nach den gemachten Beobachtungen haben die Zeitverhältnisse dazu geführt, daß das Rückfallfieber, das in Preußen so gut wie erloschen war, jetzt wieder verschiedentlich auftritt. Es wird

deshalb daran erinnert, daß auch das Rückfallfieber zu den übertragbaren Krankheiten gehört, die nach den festgestellten Bestimmungen angezeigt sind. Als wichtiges Vorbeugungsmittel kommt, ebenso wie beim Fleckfieber, hauptsächlich die Vermeidung der blutausgehenden Insekten, namentlich Läuse, in Betracht, durch die — nach einwandfreien Untersuchungen — auch das Rückfallfieber übertragen wird, während die Uebertragung von Mensch zu Mensch ausgeschlossen erscheint.

Kriegsfürsorge für die Schuljugend.

Den Kampf gegen die Gefahren, die der Stadtjugend durch die Abwesenheit so vieler Väter und Lehrer drohen, hat man in Berlin für die Dauer der großen Ferien mit bestem Erfolge aufgenommen. Auf Anregung aus den Kreisen der Schulverwaltung sind in sieben städtischen Schulgebäuden die Schülerwerkstätten des Vereins für Anabandarbeit während der Sommerferien täglich vormittags 8 Stunden lang zu unentgeltlichen Kursen in sachgemäßer Handfertigkeit geöffnet. Es werden vor allem gediegene Holzarbeiten und für die Jüngeren Papparbeiten gelehrt. Die Anaben haben sich so zahlreich gemeldet, daß die Plätze kaum ausreichen. Unter der Leitung frischer Lehrkräfte sind sie mit größtem Eifer bei der Arbeit, die sie von der Straße abzieht und daneben ihre praktischen Fähigkeiten fördert. Wägen doch gerade die Erfahrungen des Krieges dringlich, Hand und Auge unseres Nachwuchses planmäßiger als bisher auszubilden. Die legendreiche Einrichtung sollte auch über Berlin hinaus Nachfolge finden.

Beim Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist gestern nachmittag die 17 Jahre alte Tochter Elisabeth des Rietters Zimmermann aus der Dennigsdorfer Straße 12. Das Mädchen wollte an der Ecke der Chaussee- und Resselstraße während der Fahrt auf die hintere Plattform des Triebwagens eines Straßenbahnzuges aufspringen. Sie griff aber fehl und fiel so unglücklich hin, daß sie unter den Anhängen geriet und überfahren wurde. Die Verunglückte erlitt einen Oberschenkelbruch und schwere Luetzungen und mußte nach der Charité gebracht werden.

Die Berliner Feuerwehr wurde in der letzten Nacht gegen 11 Uhr nach dem „Roabiter Schützenhaus“ an der Pflöverser Chaussee gerufen. Die Flammen waren weißlich sichtbar und zeigten der Wehr schon von weitem den Weg zur Brandstelle, die nahe der früheren vom niedergebrannten Lagerhaus der Norddeutschen Eiswerke liegt. Dem 15. Automobilzuge gelang es durch sofortiges kräftiges Wassergeben die Flammen innerhalb einer Stunde zu löschen.
Gestern früh um 6 Uhr brannte in der Barnimstr. 7 eine Badstube mit Inhalt an Badtrögen, sowie Immobilien und Leig. Zwei Tügel der Wehr wurden des Feuers bald Herr. Ein dritter Brand beschäftigte die Wehr in der Verklingsstr. 13. Dort brannten in einem Keller Vorräte an Holz, Sägespänen und dergleichen unter großer Qualentwicklung. Auch hier mußte tüchtig gelöscht werden, bevor „Feuer aus“ gemeldet werden konnte. In der Drogerie der Brüder Leppe, Markgrafstr. 18, war durch Unvorsichtigkeit bengalisches Pulver in Brand geraten. Die beiden Lehrlinge Heinrich Kattke aus der Gr. Str. 3 in Neuhörn und Walter Wischel aus der Bornstr. 2 in Friedenau erlitten dabei Brandwunden im Gesicht, die ihnen von Samaritern verbunden wurden.

Kleine Nachrichten. Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde Mittwochabend die 6 Jahre alte Tochter Charlotte des Schloßers Richter aus der Petersburger Straße 26. Die Kleine, deren Vater im Felde steht, geriet in der Nähe des elterlichen Hauses gegen 8 1/2 Uhr unter einen Heuwagen, wurde überfahren und auf der Stelle getötet. — Den Tod im Wasser suchte ein 27 Jahre alter aus Kopenhagen gebürtiger Postausbehalter Thorwald Larsen aus der Kleinen Hamburger Straße. Er sprang von der Oberbrücke in die Spree, wurde aber von Schiffen gerettet und nach der Charité gebracht. Was ihn zu der Tat veranlaßt, ist noch nicht bekannt. — Sand statt Butter liefert ein Schwindler, vor dem die Geschäfte gewarnt seien. Seit einigen Tagen sucht er mehrere Zweigegehäfte von Großhandlungen heim. Er liefert ein Maß ab, überreicht auch eine Quittung über den Betrag und, weil alles in Ordnung zu sein scheint, so erhält er auch das Geld. Erst nachträglich, wenn die Geschäfte das Maß zum Verkauf des Inhalts öffnen, sehen sie zu ihrer unangenehmen Ueberzeugung, daß es nicht Butter sondern lediglich Sand enthält. Der Schwindler trug jedesmal eine Mütze mit einem Blechschilde, auf dem „Eprex“ steht. Er erweist so den Anschein, als ob er eine eilige Sendung überbringe. — Beim Hochschußlaufen verunglückt ist in Meindendorf der vierzehnjährige Real-schüler Gustav Lemke. Er vernagte sich in der Provinzstraße mit Hochschußlaufen und wollte anderen Schülern einige Kunststücke vorzeigen. Als er einen möglichst engen Kreis beschreiben wollte, kam er durch achlos auf das Pflaster geworfene Obstreste zu Fall und erlitt bei dem Sturz einen doppelten Knöchelbruch. Der Verunglückte mußte hierauf nach dem Meindendorfer Verbandskrankenhaus gebracht werden. — Die Leiche eines unbekanntes Mannes ist am gestrigen Donnerstagmorgen vor den Anlagen auf dem Bahnhofs in Potsdam aufgefunden worden. Es ist dies ein etwa 40jähriger Mann mit blondem, kurz geschnittenem Haar und Glase und rötlich herunterhängendem Schnurbart. Bekleidet war er mit braun und schwarz gekleideten Jacketanzug. Der Tote trug einen Trauring mit den Buchstaben A. W. 3. 11. 05. Beide Arme wiesen Tätowierungen auf, der rechte einen Anker und der linke Unterarm eine Tafette mit der Inschrift „Zur Erinnerung Fuß-Reg. Nr. 11 00/01“.

Aus den Gemeinden.

Aus der Gemeindevertretung Weissenfee.

Die Arbeiten des Gemeindegremiums in Weissenfee wurden in der letzten Gemeindevorstellung von Vertretern der alten Fraktion einer herben Kritik unterzogen. Die bisherigen Verhandlungen sollten sehr zum Nachteil der so schwer bedrängten Hausbesitzer geführt haben und man war verwundert, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Verbesserungen nicht von der Gemeindevertretung verhandelt wurden. Die Herren mußten sich aber belehren lassen, daß die Kriegshilfskommission bereits die gewünschten Verbesserungen angenommen und bereits seit dem 1. Juni durchgeführt hat. Der Vertreter der Alten Fraktion hatte diese Sitzung gewünscht und konnte daher seine Kollegen von der Beschlußfassung nicht in Kenntnis setzen. Nach diesen Aufklärungen beruhigten sich die Herren wieder und gaben dem Wünsche Ausdruck, daß die Bestimmungen über die zu gewährenden Mietszuschüsse veröffentlicht werden sollten. Für mehrere zum Heeresdienst eingezogene Kommissionenmitglieder mußten Ersatzmänner gewählt werden; so wurden unter anderem für das Gemeindegremium auch die Genossen Emil Herzig und Hermann Kerlich gewählt.
Die Fiktionalsteuerordnung mußte wegen eines Streitfalles eine Änderung erfahren. — Es wurde ferner beschlossen, das Grundstück Berliner Allee 1 anzukaufen, um dasselbe später am Eingang des Fries für einen Brachbau zu verwenden. Für eine spätere Erweiterung des jüdischen Friedhofes und der Kaszierung zweier Nebenstraßen wurde einem Verträge zugestimmt, der der jüdischen Gemeinde die Verpflichtung auferlegt, unter anderen Bedingungen die Summe von 250 000 M. an die Gemeinde zu zahlen. Es erfolgte noch eine Aussprache über die beabsichtigte Tarifreform der Großen Berliner Straßenbahn und nahm man beschließend Kenntnis von der einstimmigen Ablehnung des Zweckverbands-Ausschusses.

Der Männerchor „Egely-Friedenau“ veranstaltet am Sonntag, den 1. August, im „Wilmersdorfer Stadtpark“ (E. Rohr), Kaiser-Allee 51, ein Wohltätigkeits-Konzert zum Besten der im Felde stehenden Mitglieder, unter gütiger Mitwirkung des „Männerchors Obersee“ und der Hofmann-Sänger. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert am 8. August in demselben Lokale statt.

Soziales.

Die Bundesratsverordnung ohne rückwirkende Kraft.

Ein Projekt um die Auslegung der Bundesratsverordnung vom 17. Mai, die Erhöhung der Gehaltspfändungs Grenze von 1500 M. auf 2000 M. betreffend, kam vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zum Austrag. Der die Klage erhebende Expedient bezog bei der Beklagten, der Transport-Beschlagnahmengesellschaft, ein Gehalt von 160 M. Im März d. J. wurde auf Betreiben eines Gläubigers des Klägers der der Pfändung unterliegende Gehaltsanteil mit Beschlagnahme belegt. Da nach dem alten Gesetz nur 125 M. unpfändbar waren, so mußte die Gesellschaft auf Grund des Arrestes 33 M. monatlich dem Gericht ausliefern. Sie hat dies auch in den Monaten März und April getan und erst nach Veröffentlichung der bundesrätlichen Verordnung weitere Zahlungen eingestellt. Die von der Beklagten dem Gläubiger zugeführten und ihm dementsprechend vom Gehalt gekürzten 70 M. verlangt der Kläger jetzt zurück. Er vertritt die Ansicht, daß die Bundesratsverordnung für alle noch laufenden Arrestbeschlüsse Geltung habe. Auch der ihn betreffende Arrestbeschluss sei nach nicht erledigt. Er sei aber jetzt in seinem ganzen Umfang hinfällig, da nach der neuen Verordnung nicht 125 M., sondern 166,65 M. monatliches Einkommen vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt seien, er jedoch nur 160 M. Gehalt bezog. Die Gesellschaft hätte auch die Zahlungen zurückhalten können, da in der fraglichen Zeit in kaufmännischen Kreisen schon bekannt war, daß die Erhöhung der Pfändungsgrenze vor der Tür stehe.

Das Kaufmannsgericht hielt mit Recht die Darlegungen des Klägers zur Begründung seines Anspruches nicht für stichhaltig und kam zur Abweisung seiner Forderung. Die Bundesratsverordnung sei so auszulegen, daß sie zwar auch für Pfändungsbeschlüsse Geltung haben soll, die vor dem 17. Mai ergingen, daß aber die auf Grund des alten Gesetzes früher geleisteten Zahlungen rechtskräftig bleiben sollen. Wollte man annehmen, daß auch alle vor dem 17. Mai fällig gewordenen Gehaltsraten getroffen werden sollten, so würde das zu ganz unbilligen Folgeerscheinungen führen. Das könne die neue Bundesratsverordnung nicht gewollt haben.

Hervorheben möchten wir, daß die Ansicht, früher monatlich 125 M., jetzt monatlich 166,65 M. übersteigende Beträge unterliegen dem Zugriff des Gläubigers, falsch ist. Es ist der Lohn unpfändbar, sofern er jährlich 2000 M. (früher 1500 M.) nicht übersteigt, und erst, wenn 2000 M. jährlich verdient sind, ist der Lohn — dann allerdings in vollem Umfange — pfändbar. Diese früher allgemein geteilte Ansicht folgt aus Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Zweck des Lohnbeschlagnahmengesetzes. Sie wird auch in der Literatur und von Oberlandesgerichten mit Recht noch heute vertreten.

Ungültige Billettsteuerordnung.

Um die Besteuerung der Eintrittskarten für die berühmte Teichhöhle handelte es sich in einem Rechtsstreit zwischen ihrem Besitzer, dem Eisenbahnsiskus, vertreten durch die Eisenbahndirektion zu Elberfeld, und dem Gemeindevorsteher zu Lehrich.

Für die Gemeinde Lehrich war im Anschluß an ihre Lustbarkeitssteuerordnung noch eine Billettsteuerordnung erlassen worden, wonach auch die Eintrittskarten zu der im Gemeindebezirk gelegenen Tropfsteinhöhle (Teichhöhle) besteuert werden sollen. Nach Heranziehung zu einer Billettsteuer von 99 M. klagte der Eisenbahnsiskus, vertreten durch die Eisenbahndirektion in Elberfeld, auf Freistellung. Es wurde die Gültigkeit der Billettsteuerordnung angezweifelt.

Der Kreisaußschuß und Bezirksaußschuß wiesen die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und stellte den Siskus von der Kartensteuer frei. Allerdings steht das Oberverwaltungsgericht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß auf Grund des § 13 des Kommunalabgabengesetzes Eintrittskarten für Veranstaltungen, die keine Lustbarkeiten seien, durch die Gemeinden besteuert werden könnten. Die vorliegende Steuerordnung sei aber, so wurde ausgeführt, ungültig, weil sie nicht in geschmähter Weise zustande gekommen sei. Die Gemeindevertretung habe den Kaufmann und den Gemeindevorsteher beauftragt gehabt, eine entsprechende Billettsteuerordnung auszuarbeiten. Die von den beiden Beauftragten ausgearbeitete Steuerordnung habe auch die Genehmigung des Kreisaußschusses und die Zustimmung des Regierungspräsidenten gefunden. Sie sei ferner der Gemeindevertretung mitgeteilt worden. Im aber gültig und anwendbar zu sein, hätte die Ordnung so, wie sie ausgearbeitet war, auch die ausdrückliche Zustimmung der Gemeindevertretung erhalten müssen. Es sei aber nichts darüber festgestellt, daß die Steuerordnung wirklich die ausdrückliche Zustimmung der Gemeindevertretung erhalten habe. Deshalb sei sie ungültig und nicht anwendbar.

Wohnungsnot nach dem Kriege.

In einer Sonderbeilage zum Reichs-Arbeitsblatt wird die Notwendigkeit und der Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1914 dargestellt. Der Bericht zeigt, daß zu Beginn des Jahres infolge der Erleichterung des Geldmarktes und des Rückganges der Zahl der leerstehenden Wohnungen gewisse Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Baugewerbes nicht unberechtigt zu sein schienen, daß aber der Krieg diese Hoffnungen zerbrach, und daß somit das Jahr 1914 sogar mit einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse gegenüber 1913 abschließt. In 72 Städten war im Jahre 1914 der Zugang an Wohngebäuden mit 9255 Gebäuden um 1963 kleiner als im Jahre 1913 mit 11218 Gebäuden. Nur in 18 Städten war der Wohnungszugang im Jahre 1914 größer, dagegen in 54 kleiner als im Vorjahre. Allerdings haben die Wohnungszahlungen nach Kriegsausbruch in 25 Fällen eine Zunahme und nur in 4 Fällen eine Verminderung der Leerwohnungen ergeben, doch dürfte diese Verringerung des Wohnungsmarktes, die wohl in erster Linie auf Auflösung oder Zusammenlegung von Haushaltungen zurückzuführen ist, nur vorübergehend sein, die Abnahme der Baugenehmigungen, die seit August 1914 in diesen Städten erfolgt ist, läßt eher das Eintreten einer Wohnungsnot nach dem Kriege befürchten.

Berichtszeitung.

Ein zehnjähriges Pflegekind als Dienstmädchen.

Eine recht hartberzige Ausnutzung ihres zehnjährigen Pflegekindes hat die Landwirtsfrau Pauline Hanke aus Mariendorf betrieben, welche sich gestern unter der Anklage der Körperverletzung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu verantworten hatte.

Bei der Angeklagten befand sich seit August v. J. der zehnjährige Schüler Georg Ebelmann in Pflege. Kaum hatte sie den Knaben in ihrer Hauslichkeit aufgenommen, als sie schleunigst ihr Dienstmädchen entließ mit der ausgesprochenen Absicht, daß der Knabe von jetzt ab die Arbeit des Dienstmädchens verrichten könne. Der körperlich schwächliche Knabe, der auf dem platten Fußboden schlafen mußte und sich nur mit einem alten Mantel zudecken durfte, mußte nun jeden Morgen vor 1/2 Uhr aufstehen und das Futter für die Schweine zurechtmachen. Während die Familie Hanke noch in den Federn lag, mußte der Knabe Kaffee kochen und den Tisch decken. Da diese Arbeiten geraume Zeit in Anspruch nahmen und die Zeit des Schulbeginns herangerückt war, so mußte der arme Junge fast jeden Morgen ohne einen Schluck Kaffee oder einen Bissen im Magen zu haben, zur Schule gehen. Das Essen, soweit er überhaupt etwas erhielt, bestand

gewöhnlich aus einem Stück Hering und einigen Pfefferkörnern. Wenn der Knabe mittags aus der Schule kam, mußte er schleunigst ausfegen und aufscheuern sowie das Geschir abwaschen, um dann auf das Feld hinausgeschickt zu werden, wo er mehrere Stunden Kartoffeln „buddeln“ oder sonstige für einen zehnjährigen Jungen viel zu schwere Arbeit verrichten mußte. Vielfach mußte er die Kartoffeln auch noch zu den Kunden abfahren oder sonstige Gänge erledigen, so daß er erst spät nachts schlafen gehen konnte. Diese für ein Kind unmensliche Arbeitslast wurde noch dadurch verschlimmert, daß der Knabe bei jeder Kleinigkeit in roher Weise geschlagen wurde, wobei als Werkzeug ein Kuckucker und ein Besenstiel dienten. Die Folgen dieser Mißhandlungen war, daß das Kind, als es endlich diesem Martyrium entzogen wurde, am ganzen Körper Wunden und Striemen aufwies.

Vor Gericht behauptete die Angeklagte, daß überall in der Landwirtschaft die Kinder so beschäftigt würden, wie sie es getan habe. Auf dem Fußboden habe der Junge zur Strafe schlafen müssen, weil er das Sofa verunreinigt hätte; die Schläge selbst, die er verdient habe, seien nicht über das Maß des Erlaubten hinausgegangen. — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß hier eine unmensliche Ausbeutung und rohe Mißhandlung eines schwächlichen, wechsellernen Kindes vorliege, die empfindliche Sühne verdiene. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 6 Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Sachlage bei weitem milder an und erkannte, da die Angeklagte bisher völlig unbescholten ist, nur auf 100 M. Geldstrafe.

Gegen das überaus milde Urteil ist, zwecks Erlangung einer höheren Strafe, von der Anwaltschaft Berufung eingelegt worden.

Aus aller Welt.

Eine Buttereschlacht.

Ueber Kartoffelschächter, d. h. über den Kampf von Konsumenten gegen Kartoffelschächter, haben wir bereits einige Male berichtet. Heute können wir zur Abwechslung einmal etwas über eine Buttereschlacht mitteilen.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt, kam es vor einigen Tagen auf dem Wochenmarkt in Münster zu erregten Auftritten. Einige Händler forderten für das Pfund Butter, trotzdem der Magistrat eine Warnung vor zu hohen Preisen hatte ergehen lassen, bis zu 1,80 M. Die empörten Hausfrauen lehnten sich dagegen auf und rissen teilweise die Butter von den Tischen. Eine Verkäuferin mußte vor der erregten Menge dreimal in die nahe gelegene Kirche flüchten. Eine andere Händlerin schüttete nach dem Bahnhof und gab den Verkauf auf. Und als sie in ihrer Erregung sich zu der Aeußerung hinreißen ließ, dann will ich die Butter lieber wieder mitnehmen und zu Hause meinen Schweinen zum Fraße vorsetzen oder den Franzosen schenken, da rief einem Herrn der Geduldssaden, er nahm ihr gewaltsam einige Butterpfunde aus dem Korbe und bewahrt sie damit. Die Geschädigte, deren Gesicht und Kleider mit Butter arg beschmieret waren, wurde zum Gespött der Menge, die ihr johlend bis zur nächsten Straßenecke das Geleit gab.

Die „Rhein.-Westf. Zeitung“ bemerkt dazu, daß es einwandfrei festgestellt sei, daß die Händler bei einem Preise von 1,50 M. auf ihre Kosten kommen könnten, denn die Bauern erhielten von ihnen nur 1,10 bis 1,15 M. für das Pfund. Die Butter werde aber von den Händlern massenhaft von den Bauern aufgekauft, die Bauern seien froh, ihre Ware bequem losgeworden zu sein, und die Händler schäfen sich so eine Monopolstellung auf dem Marke, die sie zu willkürlichen Preisfestsetzungen ausnützten. Der Magistrat von Münster will jetzt dagegen energische Schritte unternehmen und Uebertretungen mit empfindlichen Strafen ahnden.

Hoffen wir, daß er in dieser löblichen Absicht nicht erlahmt und allüberall Nachahmung findet.

Schreibtschhelden.

Wir lesen in der „Wiener Arbeiterzeitung“: „Wir haben am Sonntag eine Schilderung des Herrn Dr. Ernst Decsey aus Graz veröffentlicht, die im „Berliner Tageblatt“ erschienen war und die wohl jeder als ein persönliches Kriegserlebnis gedeutet hat. Die Schilderung erschien uns als Wiedergabe eines Konflikts zwischen den Geboten des Sittengesetzes und den ehernen Notwendigkeiten des Krieges von Interesse; natürlich wenn sie die Darstellung eines wirklichen Vorganges sei. Als diese trat sie in jedem Betracht auf; denn zu einer bloßen Poetisiererei wäre erstens die mannigfache Angabe wirklicher Orte und insbesondere nicht die Erwähnung der Auszeichnung mit der Tapferkeitsmedaille vonnöten, die die tapfere Tat gefunden habe. Nun hören wir, daß das Ganze ein frecher Schwindel ist. Ein Leser, der von Herrn Decsey Kenntnis hat, schreibt uns mit begrifflicher Büt: „An Ihrer Nummer vom 18. Juli, Seite 6, bringen Sie eine Notiz „Der erste Signor“. Der darin genannte Grazer Schriftsteller Dr. Ernst Decsey war nie an der Front. Außer vor mehreren Monaten, als mit Italien noch kein Krieg war. Seit Monaten jedoch sitzt Decsey im Vorzimmer des Militärkommandanten von Graz als Personaladjutant. Der Mann hat nie Pulver gerochen, war noch nie an der italienischen Front. Der große Phantastie an den Tag legende Mann, der sonst Chefredakteur des musikalischen Teiles der „Grazer Tagespost“ ist, scheint nur auf seinen schriftstellerischen Ruhm sehr bedacht zu sein. Es ist doch ein hartes Stück, der Oeffentlichkeit so dreiste Unwahrheit aufzutischen.“

Wir veröffentlichen diese Zuschrift, weil das Treiben gewisser Heulietonisten (Hans Müller, Raoul Kuernbeimer!), die sich als Krieger im Felde verkleiden und die Oeffentlichkeit meinen machen wollen, daß sie die großartigsten Heldentaten verrichten, nachgerade ein großer Unfug geworden ist. Offiziere und Soldaten plagen sich ungenannt im Felde und die Heulietonisten zu Hause schöpfen den Ruhm des Krieges für sich ab. Wir werden den Herrschaften das Handwerk aber schon legen. . . .

Schiffungslud auf dem Rhein. Donnerstag früh ist auf dem Rhein in der Nähe des Hafens von Mühlau das Schleppboot „Harpn Nr. 10“, das ein beladenes Schiff in den Hafen bringen sollte und in die Strömung gekommen war, gesunken. Der Kapitän Christian Hoffmann aus Woppar und der Maschinistenführer Josef Becker aus Mannheim sind ertrunken. Das Boot ist vollständig im Wasser versunken.

Zwei französische Flieger verbrannt. Nach einer Meldung der Agence Havas geriet Mittwoch abend in Jish-les-Moulineaux ein Flugzeug beim Abstieg in Brand und stürzte aus 300 Meter Höhe ab. Die beiden Insassen verbrannten.

Bei der Explosion in der Londoner Luftschiffhalle sind, wie nachträglich noch gemeldet wird, zwei Mechaniker getötet und neun verwundet worden, davon einige sehr schwer. Die Luftschiffhalle ist leicht beschädigt.

Parteiveranstaltungen.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Sonntag, den 1. August: Allgemeiner Familienausflug nach Hermsdorf. Treffpunkt am Bismarckplatz früh 8 Uhr. Gaste willkommen. Nachzügler kommen nach Hermsdorf. Restaurant Kronprinzengarten. Spielplatz gegenüber im Balde. Bei unangünstiger Witterung fällt der Ausflug aus. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Spielleitung.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Freitag, den 30. Juli, abends 9 Uhr, Köpenicker Str. 92, Mitgliederversammlung. Deutscher Arbeiter-Abtinenten-Bund. Ortsgruppe Groß-Berlin. Heute Freitag, abends 9 Uhr. Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15. Vortrag des Genossen D. Weiß über: Nationaler und fremder Stil.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Briefkopf und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

G. G. 81. Tauglich zum Landsturm ohne Waffe, Armierungsolbat. — R. 1. Die Kasse ist leider im Recht. Durch das Krankenlastenmangel vom 4. August 1914 sind die Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß entgegen den Statuten und den wolverworfenen Rechten der Beitragszahler herabgesetzt. Eine Aufhebung dieses Notgesetzes ist leider noch immer nicht erfolgt. — M. 2. 100. Ob Vermietbarkeit vorliegt, kann nur die Polizei wissen, weil es eine Reihe von Ausnahmen von der Baupolizeiordnung gibt. Erklären Sie sich auf der Polizei, ob die Wohnung als vermietbar abgenommen ist. — G. 2. 4. Die Verhältnisse in Oberarmut, abgesehen von dem Gut des Reichsfinanzers, sind außerordentlich schlechte und haben zur Kritik schon wiederholt Anlaß gegeben. Der Minister ist in einigen Fällen eingeschritten. Wir können Ihnen nur raten, in Ihrem Falle unter wahrheitsgemäßer Darlegung des Sachverhalts Beschwerde bei dem Minister des Innern einzulegen und zu beantragen, den überreichen Guthehrrn anzuhalten, neben der Reichs-Kriegsunterstützung der Frau das zu geben, worauf sie nach dem Gesetz Anspruch hat. — A. P. 1. bis 4. Rein. — 100 M. C. 1. Wenden Sie sich schriftlich an das Familiäre Kassenamt in Kopenhagen (siehe an den Herrn Holst v. Hantlof, Bevollmächtigter des Deutschen Roten Kreuzes, Kopenhagen, Str. Strandvej 2). Sie mühten natürlich angeben, in welcher militärischen Stellung Ihr Mann sich befindet hat. 2. Kriegsgewaltene Frauen sind genau solche Gewaltene wie alle anderen und erhalten daher auch dieselbe Kriegsunterstützung wie alle anderen. — P. 2. 22. Wenn Hauterkrankung nur als Landsturm ohne Waffe vermerkt ist, — Nord 16. 1. Wenden Sie sich an den Oberkommandanten. 2. Auf Verlangen muß die Behörde angegeben werden, ob beabsichtigt die Kriegsunterstützung in keiner Weise. — G. 8. 97. Die Witwenrente beträgt 400 M. jährlich. — P. 2. 27. Zum Auszuge mühten wir wegen der sehr schwankenden Rechtsprechung nicht raten. Wohl aber können Sie den Wert ausfinden, innerhalb etwa sieben Tagen die künftigen Güter durch einen Kammerjäger entfernen zu lassen, und hinzuzufügen: „Wenn bis zum Ablauf der Frist der Aufforderung nicht entsprochen ist, dann werde ich auf Ihre Kosten den Kammerjäger kommen lassen.“ Ihre Drohung führen Sie dann auch aus. — W. M. 80. Rein. — G. 8. 2. Kempelhof. Wenn die Tochter 900 M. verdient, so würde die Veranlagung berechnigt sein. Sonst würden Sie dagegen mit Erfolg reklamieren können. — Elisabeth 1896. 1. Der Kreisbeitrag ist, wenn in demselben nicht andere Bestimmungen enthalten sind, leider auch für den Fall bindend, wenn der Mieter gezwungen ist, auswärts Stellung zu nehmen. 2. Leider nein. — R. 8. 1869. Sie werden nicht eingearbeitet, weil Sie definitiv wegen Herzleidens für untauglich erklärt sind. — 100. Sie können sich melden; aber daß die Meldung sicher Erfolg hat, läßt sich nicht voraussagen. — G. 8. 3. Wegen Krampfadern und dergleichen nur als Landsturm ohne Waffe vermerkt. — M. M. 212. Sie mühten zunächst zahlen, denn eine Reklamation heißt einer Zwangsvollstreckung nicht entgegen. Ist gestundet, so braucht natürlich nichts gezahlt zu werden. Ihre Reklamation würde voraussichtlich den Erfolg haben, daß nur ein Einkommen bis zu 1500 M. versteuert wird. Sie mühten aber, wenn Sie es nicht schon, wie es scheint, getan haben, schleunigst Reklamation einlegen. — W. 2. 150. Voraussichtlich wird lediglich Geldstrafe verhängt werden. — G. P. 6. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde unter Vorlegung des Sachverhalts an den Magistrat, Abteilung Protokollkommission. Ob Sie Erfolg haben, ist zweifelhaft, da die an Ihre Schmeicheleien verabsolgte Karte für den Haushalt also auch für die Gehaltung ist. — G. 8. Die alte Reichsschuld rund 5 Milliarden. Erste Kriegsanleihe 5, zweite 5, dritte 10 Milliarden. Die letzte Summe beland sich in einem Jahresetat von über 13 Milliarden. Andere Kriegskredite werden in sehr naher Zeit folgen. Verzinsung und Abtragung der Schuld werden in einem künftigen Etat Reserven beantragen. — 2. 100. Gemeint ist die große Röhrente unmittelbar vor 1848. — Fiat. Rein. — E. P. Neufuß 233. Wenden Sie sich an die Zentralstelle des Roten Kreuzes, Herrenhaus, Leipziger Straße 4. — G. P. 50. In dieser Angelegenheit handelt es sich um eine reine Privatangelegenheit, in die wir uns unmöglich einmischen können.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmorgen. Jämlich kühl. Im Süden stellenweise heiter. Im Norden, besonders an der Küste, noch sehr veränderlich mit öfter wiederholten, meist leichten Regenschauern.

Theater für Freitag, den 30. Juli.

Deutsches Künstler-Theater.	Lessing-Theater.
8 1/2 U.: Die Schöne vom Strand.	8 1/2 U.: Seine einzige Frau.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.	Lustspielhaus.
8 Uhr: Der Bettelstudent.	8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.	Schiller-Th. Charlottenbg.
8 1/2 U.: Kyriz-Pyritz.	8 Uhr: Alt-Heidelberg.
Gebr. Herrfeld-Theater.	Thalia-Theater.
Sonnabend, den 7. August:	8 1/2 U.: Eine verflixte Annonce.
Wiedereröffnung und Premiere.	Theater am Nollendorpl.
Kleines Theater.	8 1/2 U.: Immer feste druff!
8 1/2 U.: Ein kostbares Leben.	Trianon-Theater.
	8 1/2 Uhr: Hannemanns Nachfolger.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Der Isonzo und Oesterreichs Adriaküste.

WINTERGARTEN
Nur noch kurze Zeit!
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“
Operette in 1 Akt v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eiso Berna, Lotte Workmeister, Thalia-Theater, Berlin, Karl Bachmann, Julius Spielmann
sowie der vom Publikum und Presse glänzend beurteilte Juli-Spielplan.
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 8 Uhr.
Berlin wie's weint u. lacht.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Erstklassiges Varieté
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Die Fliegerbraut.
Gartenbühne: Lieb Vaterland

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
Gartenbühne: Vorstellung, Apollonjäger.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Sam 178. Male:
Im Schützenrahen
Militärisch. Zeitbild von Wesfel. Militärischen u. deren Angehörigen vollkommene Leiter. Zutritt zu d. Stett. Sängern.

Palast
Theater am Zoo
Sonn 3 1/2 u. 8 Uhr.
Täglich 8 Uhr.
Das leuchtende Luftschiff im Zuschauerraum
und die weiteren Juli-Schlager.